

Warschau, Mai 2007

Gelingt Europa gemeinsam?

Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

von Piotr Buras

Inhaltsverzeichnis

Stephan Raabe:	Wohin steuert Polen?	2
Eugeniusz Schmolar:	Einführung	3
Piotr Buras:		
	Gelingt Europa gemeinsam?	
	Polens Europapolitik und die deutsche EU Ratspräsidentschaft	5
	Der Verfassungsvertrag und die Reform der EU	7
	Die Energiepolitik	15
	Die Ostpolitik	26
	Schlussbemerkungen: Polen und Deutschland und die Zukunft der EU	36

Zum Autor

Piotr Buras ist Publizist, Deutschlandexperte und Mitarbeiter am Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau. Derzeit ist er zugleich als Stipendiat der Volkswagen Stiftung im Programm für Studien zur gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik tätig.

Buras ist Mitautor des von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Buches: Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt, Stuttgart, Leipzig, Warschau 2005. Er publiziert vornehmlich in der liberalen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“.

**Die Publikation ist in gedruckter Form bei der Adenauer-Stiftung in Polen erhältlich:
ul. J. Dąbrowskiego 56, PL-02-561 Warszawa, Tel. + 48 22 845 93 30**

Wohin steuert Polen?

Die vorliegende Analyse ist auf Anregung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 erstellt worden in bewährter Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau. Sie geht auf die Hauptaspekte der polnischen Politik in der Europäischen Union ein unter besonderer Berücksichtigung der Themenbereiche Verfassungsvertrag, Energiepolitik und Ostpolitik. Die Arbeit untersucht die Erwartungen in Polen und zieht Schlussfolgerungen für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen als eines Verhältnisses gleichberechtigter Partner. Über den aktuellen Anlass hinaus gibt die Studie Einblicke in das nicht leicht überschaubare Terrain polnischer Europa- und Deutschlandpolitik.

Dies ist nützlich und notwendig. Denn in Deutschland, aber auch in Brüssel, verfolgt man mit einer gewissen Skepsis und Besorgnis die politischen Aktionen der national-konservativen Regierungskoalition, die von den Parteiführern Jarosław Kaczyńskis (Recht und Gerechtigkeit), Andrzej Lepper (Selbstverteidigung) und Roman Giertych (Liga der Polnischen Familien) geführt wird.

Sollte es tatsächlich so sein, dass nach dem – nicht zuletzt von Deutschland unterstützten – Erreichen der großen Ziele, der Verankerung im Westen durch die NATO- und EU-Mitgliedschaft, nach dem Einzug in das gemeinsame Haus der Europäischen Gemeinschaft auf einmal wieder nationale Interessenunterschiede das gegenseitige Verhältnis dominieren? Jetzt, da Deutsche und Polen gemeinsam gefordert sind, diese Hausgemeinschaft zu gestalten und auszubauen?

Unsicherheit besteht jedenfalls in der Frage, wohin die polnische Regierung europapolitisch steuert. Die polnische Außenministerin Anna Fotyga spricht davon, die Position Polens in der EU neu zu bestimmen. Die Regierung nehme eine Umorientierung vor, weg von einer Unterordnung unter die Politik der großen EU-Länder, wie sie in vergangenen Jahren vollzogen worden sei, hin zur nationalen Interessenvertretung und zu eigenen Wegen. Solche Aussagen rufen Fragen hervor und sind erklärungsbedürftig, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass zwei der Koalitionspartner - Selbstverteidigung und Liga - gegen den Beitritt zur EU gekämpft haben und dass die führende Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ den über Jahre beratenen Europäischen Verfassungsvertrag ablehnt. Welche nationale Interessen vertritt diese Regierung und wie setzt sie sie in Beziehung zu den Interessen der Union, der sie angehört? Welche eigenen und welche gemeinsamen Wege will sie beschreiten? In welcher Weise ist ein „Europa der Nationen“ mit einer politischen Union kompatibel, in der in demokratischer Weise eine gemeinsame Politik bestimmt wird?

Die Umfragen des Eurobarometers belegen die sehr positive Einstellung und das große Vertrauen der polnischen Bevölkerung in die Europäische Union. Eine große Mehrheit setzt sogar mehr Vertrauen in die Union als in die eigene nationale Politik. Der polnische Oppositionspolitiker der Bürgerplattform, Jan Rokita, hat jüngst in einer Diskussion mit Hans-Dietrich Genscher in Posen unter dem bezeichnenden Titel: „Wer hat Angst vor Deutschland?“ darauf hingewiesen, wer deutsche Übermacht in Europa befürchte, der solle die EU-Integration und die Stärkung der EU-Institutionen fördern. Dies sei das beste Gegenmittel. Dem Misstrauen gegenüber einer deutschen oder deutsch-französischen Dominanz in Europa ist durch die derzeitige polnische Regierung verschiedentlich Ausdruck verliehen worden. Ob und inwieweit sie jedoch die Integration der Union vorantreiben will und die EU-Institutionen demokratisch stärken will, daran bestehen angesichts der unterschiedlichen Signale aus Warschau Zweifel.

Dies sind Fragen und Zweifel, die sich an Polen richten. Der vorliegende Text kritisiert andererseits mit Blick auf Deutschland die Unfähigkeit oder gar den fehlenden Willen der deutschen Seite, „die eigenen Standpunkte in einer Weise zu kommunizieren, die die Position Polens als die eines gleichberechtigten Partners berücksichtigen würde“. Das macht deutlich: Politische Transparenz und Vertrauensbildung ist von beiden Seiten nötig – der deutschen und der polnischen. Der Beitrag von Piotr Buras soll dafür aus polnischer Perspektive eine analytische Grundlage geben.

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Einführung

Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union und insbesondere nach den Parlamentswahlen im Herbst 2005 wurde die Außenpolitik in Polen zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Der einstige Konsens in Bezug auf die Hauptziele - der Beitritt zur EU und zur NATO – hörte auf, als diese erreicht waren. Der Einsatz polnischer Soldaten auf dem Balkan oder im Libanon wurde als nachvollziehbar anerkannt. Auch die polnische Beteiligung am Irak-Krieg rief zu Anfang keine größeren Meinungsverschiedenheiten hervor, doch um so deutlicher kam der Einspruch eines wachsenden Teils der öffentlichen Meinung zum Ausdruck, was sich im Jahr 2006 in einer verminderten Popularität sowohl der Vereinigten Staaten als auch der NATO auswirkte.

Die tief greifende politische Veränderung, welche mit dem Wahlsieg der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* erfolgte, bedeutet – entgegen der häufig radikalen Rhetorik – keinen Kontinuitätsbruch in Hinblick auf die wichtigsten Elemente der polnischen Außenpolitik: Die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union oder in der NATO wird keineswegs in Frage gestellt. Gegenstand der Diskussion sind hingegen die Ziele, Interessen und insbesondere die Art der Präsentation und Umsetzung des polnischen Standpunktes in der Europäischen Union.

Aufmerksamkeit erregt dagegen die hitzige politische Debatte, wie auch vor allem die vom Staatspräsidenten und vom Premier öffentlich geäußerten Vorwürfe in Richtung derjenigen Persönlichkeiten und Regierungsgruppierungen, die nach 1989 an der Macht waren und die nun nahezu des Verrats an den staatlichen und nationalen Interessen in den auswärtigen Beziehungen angeklagt werden. Dabei wird in der öffentlichen Debatte wiederum Folgendes der Kritik unterzogen: die Haltung der Regierung, ihre Passivität in den auswärtigen Angelegenheiten, das fehlende Engagement bei Arbeitsgesprächen mit ausländischen Partnern sowie deren Überrumpelung durch zuvor nicht auf diplomatischem Wege vorbereitete Vorschläge. Diese Auseinandersetzungen werden auch in meinungsbildenden Kreisen in anderen Mitgliedsländern der EU mit großem Interesse verfolgt und kritisch kommentiert.

Die Antwort auf den in Folge dieser Tatsachen wachsenden Bedarf einer tiefer gehenden Analyse der polnischen Europapolitik ist die vorliegende Publikation. Ihr Adressat ist in erster Linie die ausländische Leserschaft, für die eine deutsch- und englischsprachige Textversion angefertigt wurde. Die Abhandlung von Piotr Buras vom Zentrum für Internationale Beziehungen, Warschau, ist der Versuch, die polnischen Interessen und Prioritäten in den derzeit auf EU-Ebene diskutierten Fragen des Verfassungsvertrags, der Ostpolitik der EU und der Energiepolitik darzustellen und zu erklären.

Die polnische Position wurde dabei in Bezug auf die von der deutschen Regierung formulierten Vorschläge und Vorstellungen analysiert. Der Grund liegt auf der Hand. Erstens hat Deutschland in der ersten Hälfte 2007 die EU-Ratspräsidentschaft inne, und sein Standpunkt hat wesentlichen Einfluss auf die Richtung, in die die ganze Gemeinschaft steuern wird. Zweitens ist Deutschland für Polen ein Partner mit Schlüsselfunktion; ohne die Zusammenarbeit mit Berlin wird es ungemein schwierig werden, wichtige Ziele der polnischen Außenpolitik umzusetzen. Daher dient diese Untersuchung ebenso der Reflexion über die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, die sich heute in einer schwierigen Phase befinden.

Mit dieser Publikation hoffen wir vor allem, fundierte Informationen und Analysen zu liefern und auf diese Weise sowohl zum besseren Verständnis der Argumente der Regierung wie auch der großen Oppositionsgruppierungen beizutragen. Darüber hinaus sollen die Unterschiede zwischen dem eigentlichen Regierungsstandpunkt in diversen wichtigen Angelegenheiten und der so manches Mal kontroversen Form ihrer Präsentation aufgezeigt werden. Nicht zuletzt soll dadurch die Diskussion über die polnische Europapolitik bereichert werden. Wir sind überzeugt, dass diese Publikation sowohl im Ausland als auch in Polen interessierte Leser finden wird.

Eugeniusz Smolar

Vorsitzender des Zentrums für Internationale Beziehungen

Piotr Buras

Gelingt Europa gemeinsam?

Polens Europapolitik und die deutsche EU Ratspräsidentschaft

Die deutsch-polnischen Beziehungen befinden sich auf politischer Ebene in einer Krisenphase. Die Schwierigkeiten bei der Verständigung der Eliten ergeben sich nicht nur aus der sich verlängernden Liste der strittigen Themen, sondern auch aus dem gegenseitigen Misstrauen, das von Veränderungen der deutschen kollektiven Erinnerung sowie des politischen Klimas in Polen herrührt. Aus der Perspektive des Jahres 2007 erscheinen die Hoffnungen der 1990er Jahre auf das deutsch-polnische Antriebsrad für die erweiterte Europäische Union verblüffend optimistisch. Vom Standpunkt der Herausforderungen jedoch, vor denen die Europäische Union steht, fällt paradoxerweise der Kooperation zwischen Deutschland und Polen heute eine besondere Bedeutung zu. Das Gelingen der Mission, der sich Deutschland am 1. Januar 2007 mit der Übernahme der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union verschrieben hat, hängt in großem Maße davon ab, ob es gelingen wird, die deutsch-polnischen Spannungen zu überwinden und einen Kompromiss in den wichtigsten Bereichen zu finden. Der Grund dafür ist einfach. Die drei Themengebiete, welche Deutschland vorrangig behandelt (EU-Verfassung, Energie- und Ostpolitik), sind die sensibelsten Punkte der polnischen Europapolitik. Wie kein anderes Land der Union schreibt Polen genau diesen Fragen außergewöhnliche Bedeutung zu. In diesem Sinne bezieht sich das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft „Europa gelingt gemeinsam“ in besonderer Weise auf Polen.

Gegenstand der vorliegenden Analyse ist die Europapolitik Polens im Kontext der Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007. Seit den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 unterliegt der Charakter des polnischen Engagements in der Europäischen Union einer wesentlichen Neubestimmung. Über die Tragweite dieser Veränderungen entscheiden zwei sich zeitlich überlagernde Prozesse: die stärkste Wende in der Innenpolitik nach 1989, bekannt unter dem Schlagwort von der Errichtung der „IV. Republik“, sowie die Notwendigkeit, ein Modell der polnischen Europapolitik auszuarbeiten, unter Berücksichtigung, dass Polen seit dem 1. Mai 2004 Mitgliedstaat der EU ist.

Zum einen waren der Wahlsieg der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* bei den Parlamentswahlen im Herbst 2005 sowie die nicht viel später erfolgende Vereidigung Lech Kaczyńskis als Staatspräsident nicht nur ein weiterer der bisher regelmäßig erfolgten Machtwechsel im demokratischen Polen. Diese neue Regierungselite griff nach der Macht, indem sie sich einer radikalen Kritik der vergangenen fünfzehn Jahre bediente. Die Parteien, die nun die Regierung mitbegründeten oder unterstützten, gründeten ihre Politik auf einen entschlossenen Bruch mit den Errungenschaften ihrer Vorgänger. Es wundert daher nicht, dass das neue, von seinen Verfechtern „IV. Republik“ genannte Staatskonzept auch eine wesentliche Modifizierung des außenpolitischen Kurses bedeutete. Zwar wurden trotz der Beteiligung der offensichtlich antieuropäischen Partei *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin - LPR)* an der Regierungskoalition die Hauptsäulen dieser Politik (Mitgliedschaft Polens in der EU und NATO) nicht in Frage gestellt. Doch zeugen das Postulat der unbeugsamen Verfolgung polnischer Interessen und der Abkehr vom Konzept der strategischen Partnerschaft mit Deutschland zu Gunsten einer Taktik der „wechselnden Bündnisse“ sowie die eher „europarealistische“ (oder gar europaskeptische) Einstellung gegenüber der Integration von dieser sich vollziehenden Wende.

Zum anderen war die Neuformulierung – im Vergleich zur Phase vor dem EU-Beitritt – der polnischen Ziele und Interessen in der Europäischen Union eine Notwendigkeit, die unabhängig von den Veränderungen in der Staatsführung war. Das zeitliche Aufeinandertreffen dieser beiden Prozesse bewirkte aber, dass die Auseinandersetzung um den Platz und die Strategie Polens in Europa heftiger und stärker politisiert wurde.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der polnischen Europapolitik haben Veränderungen in der Art der Formulierung ihrer Ziele und Strategie. Erstens verschob sich der außenpolitische Schwerpunkt unter der *PiS*-Regierung deutlich in Richtung der Kanzlei des Staatspräsidenten: Es ist das Präsidialamt, das heute für die Ausarbeitung der polnischen Position zum Verfassungsvertrag verantwortlich ist. Zweitens erfuhr die Rolle des Auswärtigen Amtes, das von Anna Fotyga geleitet wird, einer engen Mitarbeiterin des Präsidenten Lech Kaczyński, in den letzten Monaten eine deutliche Marginalisierung. Das Außenministerium ist heute nicht der Ort, an dem die Haltung Polens zu außenpolitischen Schlüsselfragen ausgearbeitet wird. In wesentlich größerem Ausmaß ist es die ausführende Institution für die Ideen des Premiers und des Präsidenten, welche ohne bedeutende Beteiligung des Ministerialapparats entstehen. Der Präsident beruft zwar in gewissen Zeitabständen Zusammenkünfte mit einem größeren Kreis Intellektueller ein, während derer auch Themen aus dem Bereich der Außenpolitik behandelt werden, aber diese haben keinen Einfluss auf die Beschlussfassung. Dass sich die Entscheidungen, die die Außenpolitik betreffen, in dem kleinen Kreis der engsten Mitarbeiter des Präsidenten und des Premiers konzentrieren, ist im Wesentlichen die Konsequenz des Vertrauensverlustes gegenüber Institutionen und Personen, die nach dem Jahr 1989 im öffentlichen Leben engagiert gewesen waren. Im Bereich der Außenpolitik wurden öffentlich Vorwürfe formuliert, eine Vasallen-Politik gegenüber der EU und ihren größten Mitgliedern, v.a. gegenüber Deutschland, betrieben zu haben.

Dies ist der Hintergrund der neuen polnischen Europapolitik, deren Umrisse sich parallel zu wichtigen Veränderungen in der EU abzeichnen. Die Energiekrisen, der Streit um die Verfassung und die demokratischen Revolutionen in postsowjetischen Staaten stellen weitere unumgängliche Aspekte dar, von denen im vorliegenden Text die Rede sein wird. Ziel ist die Analyse der Hauptaspekte der polnischen Politik in der Europäischen Union unter Bezugnahme auf drei Problemfelder, derer sich die deutsche Ratspräsidentschaft annimmt und die die EU in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden:

Dies sind

- der Verfassungsvertrag,
- die Energiepolitik und
- die Nachbarschaftspolitik bzw. Ostpolitik.

Worin bestehen die polnischen Prioritäten, und woraus ergeben sie sich? In welcher Beziehung steht Polen zu den Vorschlägen der deutschen Ratspräsidentschaft und zu der Diskussion, die im Forum der Europäischen Union geführt wird? In der Zusammenfassung dieser Untersuchung werden Schlussfolgerungen für die deutsch-polnischen Beziehungen sowie für die polnischen Erwartungen gegenüber der deutschen Ratspräsidentschaft gezogen.

Der Verfassungsvertrag und die Reform der EU

Deutschland: Reaktivierung des Verfassungsvertrags

Die deutsche Regierung macht keinen Hehl daraus, dass sie den vom Konvent ausgearbeiteten und durch die Mitgliedstaaten bestätigten Entwurf der Europäischen Verfassung nicht nur als Bedingung für ein leistungsfähiges Funktionieren der EU, sondern auch als bestmöglichen Kompromiss ansieht. Die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft soll den Durchbruch in der Vertragsfrage bringen, der darauf beruhen soll, dass auf dem Gipfel im Juni 2007 ein genauer „Fahrplan“ für das Annahmeverfahren des neuen Vertrags festgelegt wird. Deutschland geht davon aus, dass die Verfassung bis zum Beginn der Ratifizierungsprozedur Mitte 2008 ausgearbeitet sein wird, damit der ganze Prozess noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 abgeschlossen werden kann¹. Im Januar 2007 überraschte Bundeskanzlerin Angela Merkel Beobachter mit ihrer Erklärung, der neue Verfassungstext solle mit dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft fertig sein. Vielleicht geht ein Impuls für die Verfassungsfrage bereits vom Gipfel in Berlin aus, auf dem die Europäische Union am 26. März 2007 eine feierliche Erklärung zum Anlass ihres fünfzigjährigen Bestehens verabschiedet. Heute ist jedoch keineswegs vorauszusehen, welches der drei am häufigsten in Betracht gezogenen Szenarien die größte Chance auf Verwirklichung hat².

Gemäß der ersten Option, des so genannten Mini-Vertrags, den der französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy vorschlug, könnte eine internationale Konferenz den Verfassungstext mit lediglich den wichtigsten Bestimmungen verabschieden. Der genaue Inhalt dieses Dokumentes würde weiteren Verhandlungen unterzogen werden. Es ist davon auszugehen, dass sich darin die wichtigsten institutionellen Reformen wiederfinden würden, die bereits im Verfassungsentwurf angenommen wurden. Die Debatte über die „echte“ Verfassung würde dann vertagt. Eine solche Lösung könnte die Zustimmung von z.B. Großbritannien erhalten und würde auch keine Durchführung von Referenden erfordern.

Der zweite Lösungsvorschlag, „Verfassungsvertrag plus“ genannt, würde die Ergänzung des bestehenden Verfassungstextes um eine Erklärung oder eine andere Art von Zusatz bedeuten, um den Erwartungen derer entgegenzukommen, die bislang den Vertrag ablehnten. In erster Linie ginge es also um Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder auch der Sozialpolitik, war doch u.a. die Furcht vor einem marktwirtschaftlich zu liberalen Europa einer der Gründe für das Fiasko des Referendums in Frankreich. Eine Veränderung dieser Art im Verfassungstext wäre außerdem eine gute Begründung, eine erneute Abstimmung über seinen Inhalt durchzuführen.

Das dritte Konzept, das man als „Nizza plus“ bezeichnen kann, bedeutet die Rückkehr zum Vertrag von Nizza als Grundlage zur Verhandlung und Ausarbeitung eines neuen Dokuments, das jedoch keinen Verfassungscharakter haben soll. Dies würde allerdings einen länger dauernden Ratifikationsprozess nach sich ziehen.

Zweifelsohne ist das Ziel Deutschlands, möglichst viel von der Substanz des Vertrags zu retten. Berlin steht auf dem Standpunkt, dass die Länder, die den Verfassungsentwurf bisher nicht ratifiziert haben, größere Schritte unternehmen müssen als die, die ihn bereits

1 Vgl. Die Stellungnahme des ständigen deutschen Vertreters bei der EU, Wilhelm Schönfelder: *Priorities of the German Presidency*, European Policy Centre, 2006, www.theepc.be

2 Vgl. Ulrike Guerot, op. cit., S. 15-17; Jean-Thomas Lesueur & Philippa von Dörnberg, *What European revival? Objectives, ambitions and limits of the German EU- Presidency in the first semester of 2007*, Thomas More-Institute, Working Papers No 6, December 2006; Michael Dauderstädt, Barbara Lippert und Andreas Maurer, *Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007: Hohe Erwartungen bei engen Spielräumen*, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2006.

angenommen haben. Deutlich stellt sich Deutschland gegen die Strategie der „Rosinenpickerei“, d.h. gegen Versuche, schon jetzt ausgewählte Bestimmungen des Verfassungsvertrags zu retten, indem ihre Verabschiedung „durch die Hintertür“ forciert wird, d.h. unter Ausnutzung bereits bestehender Rechtsvorschriften³. Dahinter steht die Befürchtung, dass derartige Bestrebungen dem Plan schaden könnten, die Verfassung in ihrer heutigen bzw. nur leicht geänderten Form anzunehmen.

Das polnische „Nein“ zu einer europäischen Föderation

Polen ist einer der Staaten, die ein sehr skeptisches Verhältnis zur Reaktivierung des Verfassungsvertrags haben. Nicht nur die Ablehnung des EU-Verfassungstextes in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden, sondern vor allem sein Inhalt ist Gegenstand der Kritik der Regierungsparteien. Die Richtung, in die seine Beschlüsse gehen, steht im Widerspruch zu den allgemeinen Vorstellungen der Brüder Kaczyński von der Integration. Seine einzelnen Aspekte stellen ihrer Meinung nach eine Bedrohung für die bisherige Philosophie der europäischen Integration dar. „Im Verfassungsvertrag finden wir allerdings auch solche Lösungen, die darauf schließen lassen, dass die Union nach Annahme des Vertrags in der gegenwärtigen Form zu einem quasi-staatlichen Europa werden würde“, schrieb Präsident Lech Kaczyński in einem programmatischen Artikel zur Zukunft Europas⁴. Er betonte: „Wir müssen Lösungen suchen, die das Funktionieren des heutigen Europa verbessern, die ihm eine neue Dynamik verleihen, die viele gemeinsame Unternehmungen erlauben, aber die nicht das derzeitige Wesen der europäischen Integration verändern“. Dieses „derzeitige Wesen des europäischen Integrationsprozesses“ meint vor allem die Vorherrschaft der Nationalstaaten in der institutionellen Struktur der EU, die nicht angetastet werden soll. Die Beschränkung der Rolle der Nationalstaaten ist, wie der Präsident glaubt, keine angemessene Lösung für die (vermeintliche) Institutionskrise der Union, die eine Konsequenz des Erweiterungsprozesses sein soll.

Auch Premier Jarosław Kaczyński stellt fest: „Es ist wohl heute das größte Problem in der Union, dass der Nationalstaat der Union entgegengesetzt wird“⁵. Seiner Meinung nach ist die Herrschaft von Recht und Demokratie ein Wert, auf den sich die Europäische Union beziehen sollte. Doch sind Recht und Demokratie auch Attribute einer bestimmten Organisationsform der Gesellschaft und können nicht von oben aufgezwungen werden. „Und diese Organisationsform der Gesellschaft ist eng mit dem Nationalstaat verbunden.“ In der polnischen Argumentation ist noch ein anderer Faktor wesentlich, nämlich die vor nicht allzu langer Zeit wiedererlangte Unabhängigkeit. Darüber sprach Präsident Lech Kaczyński in einem Interview mit der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“: „Man muss berücksichtigen, dass der Union nun Staaten beigetreten sind, die über Jahrzehnte keine eigene Souveränität besaßen, so wie wir, oder noch nicht einmal einen eigenen Staat hatten, wie die Balten. Für diese Staaten ist die Unabhängigkeit besonders wichtig. (...) Ich gehöre zu den Menschen, für die die Wiedererlangung der Souveränität nach 1989 das wichtigste Ereignis in ihrem Leben war, sogar noch wichtiger als meine Wahl zum polnischen Staatspräsidenten“⁶.

3 Siehe dazu: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Eröffnung des Internationalen Bertelsmann Forums „Die Zukunft der Europäischen Union“ am 22. September 2006 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 90-1 vom 24. September 2006.

4 Lech Kaczyński: Solidarność Europy. „Dziennik“, 28.04.2006.

5 Jarosław Kaczyński, Przemówienie na Forum Ekonomicznym w Krynicy, 06.09.2006, www.kprm.gov.pl/060906wyst.html.

6 'Die Schuld würde wieder relativiert', in: „Der Spiegel“, Nr. 10, 6. März 2006, poln. Text: 'Wina byłaby znów relatywizowana', <http://www.prezydent.pl/x.node?id=3542653>

Der Protest gegen die Errichtung einer „europäischen Föderation“ ist ein Schlüsselement der von den Brüdern Kaczyński repräsentierten EU-Konzeption. Noch im Jahr 2003 sagte Jarosław Kaczyński als Anführer der damaligen Oppositionspartei, dass „die Europäische Union ein Staatenbund bleiben soll“. Das Streben nach einem europäischen Föderalismus interpretierte er als Ausdruck hegemonialer Tendenzen der alten EU-Mitgliedstaaten (Frankreich und Deutschland)⁷.

Ein zweiter Pfeiler der in der *PiS* vorherrschenden europäischen Vision ist die Anerkennung des Solidaritätsprinzips als Schlüsselement der Integrationsphilosophie. Wie Präsident Lech Kaczyński schrieb, „brachte das Prinzip des Ausgleichs des Wirtschaftsniveaus in der EU, das man als Quintessenz der Solidarität auf wirtschaftlicher Ebene ansehen kann, den Mitgliedstaaten messbaren Nutzen“⁸. Dieses Prinzip spiegelt sich ebenso im institutionellen System wider. Die bisherige Art der Beschlussfassung auf der Grundlage des Vertrags von Nizza, der auf der zwischen den Staaten ausgehandelten Stimmengewichtung beruht, wird als mit der Idee der Solidarität übereinstimmend angesehen, garantiert er doch das Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Ländern.

Die Abkehr von der europäischen Solidarität ist Gegenstand der Kritik der *PiS*. Einer ihrer Europaabgeordneten schrieb im Zusammenhang mit den letzten Haushaltsverhandlungen, dass im neuen Budget für die Jahre 2007-2013 das Prinzip gelte: „Je ärmer das Land ist, desto weniger Mittel bekommt es aus dem Kohäsionsfonds“⁹. In der *PiS* jedoch wird das Solidaritätsprinzip in der EU weiter gefasst. Die Anerkennung der Notwendigkeit, es bewahren zu müssen, führt die *PiS* dazu, die Fortsetzung der Integration in diversen Bereichen zu unterstützen. Die inneren Angelegenheiten, die Energie- und Verteidigungspolitik sind Bereiche, in denen die polnische Regierung den Bedarf für eine weitere Europäisierung sieht, wenn sie sich auch ausbedingt, dass diese in „einem wesentlich langsameren Tempo als bei den wirtschaftlichen Fragen“¹⁰ erfolgen sollte.

Der Verfassungsvertrag: Viel Lärm um nichts?

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dieser allgemeinen Annäherung an Integrationsfragen für den Standpunkt der polnischen Regierung in der erneut entfachten Diskussion über den Verfassungsvertrag, der erklärte Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft ist? Nach Ansicht von Regierungsvertretern ist die Annahme, dass die Zukunft Europas von der Zukunft des Vertrags abhängt, falsch. Die Verabsolutierung der Verfassungsfrage wird ebenso abgelehnt, wie ein Junktim zwischen diese beiden Angelegenheiten zu setzen. „Die Zukunft Europas und die Zukunft des Vertrags sind nicht identisch. Mit anderen Worten, nicht einmal die Lösung des Verfassungsproblems gibt eine Antwort auf die politischen Schlüsselfragen der EU-27, d.h. die Frage nach der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und des Inneren, der Nachbarschaftspolitik, des Haushalts oder der Energiesicherheit. Es besteht ein deutliches Risiko, dass die Konzentration allein auf die Verfassungsfrage nur die Aufmerksamkeit von einem ganzen Bündel bedeutend wichtigerer Angelegenheiten ablenkt. Jagen wir nicht zufällig ein Verfassungsgespenst, und verlieren wir nicht wesentlichere Probleme aus den

7 Jarosław Kaczyński: UE powinna być związkiem państw narodowych. 27.05.2003, www.gazeta.pl.

8 Lech Kaczyński: Solidarność Europy. „Dziennik”, 28.04.2006.

9 Konrad Szymański: PiS szuka drogi do Europy“. „Gazeta Wyborcza“, 5.01.2006.

10 Lech Kaczyński: Solidarność Europy. „Dziennik”, 28.04.2006.

Augen?“, schreibt Marek A. Cichocki, gegenwärtig Beauftragter des Staatspräsidenten für den Verfassungsvertrag¹¹.

Gleichzeitig wird jedoch die Notwendigkeit eines neuen Grundlagenvertrags für die Union (der Begriff „Verfassung“ wird als inadäquat angesehen, obwohl Außenministerin Anna Fotyga im Sejm erklärt hatte, die Bezeichnung habe keine Bedeutung) nicht bestritten. In Anbetracht der Ratifizierungsprozedur, das meint hier die Ablehnung des Verfassungstextes durch Frankreich und die Niederlande, wurde der vom Europäischen Konvent ausgearbeitete Entwurf als hinfällig betrachtet. Die Funktion eines Grundlagenvertrags sollte demnach ein neues Dokument erfüllen, dessen Inhalt noch offen ist. Während seines Besuchs in Paris im Februar 2006 sprach sich Präsident Lech Kaczyński dafür aus, die Arbeiten am neuen Vertrag so schnell wie möglich aufzunehmen¹².

Das kritische Verhältnis zu der durch den Europäischen Konvent erstellten Vertragsversion bedeutet nicht, dass Polen die darin enthaltenen positiven Lösungen übersieht. Ein geordnetes Rechtssystem der EU, die Stärkung der Rolle der Nationalparlamente oder die Erweiterung der Kompetenzrechte des Europäischen Parlaments in Haushaltsfragen (das EP war stets Verteidiger des Solidaritätsprinzips in der EU) werden als vorteilhaft für Polen und Europa wahrgenommen. Dass dennoch die Bedeutung des Verfassungsvertrags als Bedingung für ein prinzipiell verbessertes Funktionieren der Union relativiert wird, verbindet sich vor allem mit einer vorsichtigen Einstellung gegenüber den Konsequenzen einiger Änderungen mit Schlüsselcharakter, die der Vertrag einführen würde. Polen erwartet nicht, dass ihr Inkrafttreten – mit Ausnahme der Änderung des Abstimmungssystems, darüber an anderer Stelle – fundamentale Bedeutung für die Fähigkeit der EU, zu handeln und Entscheidungen zu treffen hätte¹³.

1. Die im Verfassungsvertrag enthaltenen Änderungen im institutionellen System der EU (die Art der Entscheidungsfindung im Rat der EU sowie die Zusammensetzung der Europäischen Kommission) werden im Gegensatz zu den Anhängern des Dokuments in formeller Hinsicht nicht als für künftige EU-Erweiterungen notwendig erachtet. Nach Meinung polnischer Experten kann man unerlässliche Anpassungen auch auf der Grundlage der geltenden Verträge durchführen. Auch die Meinung, dass einer erweiterten Europäischen Union eine institutionelle Krise drohe, wenn der Verfassungsvertrag nicht verabschiedet wird, findet keine Zustimmung¹⁴.

2. Wenn man auch die Stärkung des Europäischen Parlaments in Haushaltsfragen als vorteilhaft betrachten kann, weckt doch die Erweiterung seiner Kompetenzen in anderen Bereichen Zweifel, u.a. wegen seiner fehlenden demokratischen Legitimation.

3. Die Einführung eines Vorsitzenden des Europäischen Rats (EU-Präsident) muss nicht unbedingt zur Verbesserung des Funktionierens der EU beitragen. Unklar ist das Verhältnis seiner Kompetenzen zum Wirkungsbereich des auch im Vertrag vorgesehenen EU-

11 Marek A. Cichocki: The German EU Presidency – The Polish Point of View. “Foreign Policy in Dialogue”, German EU Presidency. Priorities and External Expectations, Vol. 8, Issue 21, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue21.pdf>, S. 57.

12 Jacek Pawlicki: Prezydent Kaczyński w Paryżu. „Gazeta Wyborcza”, 25.02.2006.

13 Die vollständigste Analyse des EU-Verfassungsvertrags aus polnischer Sicht stellte das unabhängige Europäische Zentrum Natolin vor. Dieses Dokument ist keine Regierungsposition, aber viele der darin enthaltenen Argumente decken sich mit den Ansichten ihrer Vertreter oder könnten zu deren Weiterführung bzw. Begründung dienen. Siehe dazu: Jakie reformy dla Unii Europejskiej? „Nowa Europa. Przegląd Natoliński”, Sondernummer, Januar 2007.

14 Siehe dazu: Rafał Trzaskowski: Traktat ustanawiający konstytucję dla Europy. Analiza poszczególnych reform instytucjonalnych. „Nowa Europa. Przegląd Natoliński”, Sondernummer, Januar 2007, S. 46-65.

Außenministers. Seine Berufung kann zudem zu Konflikten mit dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission führen – mit Schaden für die Gemeinschaft.

4. Die Reform der EU-Außenpolitik weckt in Polen insofern Zweifel, als der EU Rechtsfähigkeit verliehen, aber v.a. weil ein Außenminister berufen werden soll. Dazu äußerte sich der PiS-Europaabgeordnete Konrad Szymański: „In letzterem Fall versprechen wir uns allzu viel davon, dass wir der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine politische Form geben. Ohne politischen Inhalt, sprich ohne gemeinsamen Handlungswillen außerhalb der EU-Grenzen, wird es keinerlei Fortschritt in diesem Bereich geben“¹⁵.

Der Zauber von Nizza und die Grenzen des Kompromisses

Selbstverständlich sind nicht die oben genannten Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit der im Verfassungsvertrag vorgesehenen institutionellen Reformen der Hauptgrund für die Unzufriedenheit Polens mit diesem Dokument. In erster Linie ist es das dort vorgesehene System der doppelten Mehrheit, nach dem Entscheidungen im Rat der Europäischen Union mit einer Mehrheit von mindestens 55% der EU-Staaten (aber nicht weniger als 15), die gleichzeitig mindestens 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen, getroffen werden. Dies wird von Polen aus verschiedenen Gründen als ungerecht und schädlich angesehen¹⁶.

Erstens stellt es eine bedeutende Schwächung des polnischen Stimmengewichts gegenüber den großen EU-Staaten dar. Gemäß dem Vertrag von Nizza und dem darin verankerten Abstimmungssystem verfügte Polen mit einer Einwohnerzahl von 38 Mio. über 27 Stimmen und hatte damit nur zwei Stimmen weniger als das 80 Mio. Einwohner zählende Deutschland und das 63 Mio. Bürger zählende Frankreich. Das System der doppelten Mehrheit, das das demografische Kriterium betont, bringt diese Proportionen durcheinander, nimmt Polen (sowie Spanien) den Status eines großen Staates und gibt vor allem Deutschland den Vorzug, das bezogen auf seine Bevölkerungszahl das größte Land der EU ist. Das exponierte demografische Kriteriums stößt auch insofern auf Ablehnung, als im Rat der EU in erster Linie Staaten und nicht EU-Bürger repräsentiert werden – im Unterschied zum Parlament, in dem die Anwendung eines solchen Kriteriums sinnvoll ist.

Zweitens bedeutet die doppelte Mehrheit, die die großen Länder bevorzugt, der polnischen Einschätzung nach den Bruch mit dem Solidaritätsprinzip zwischen den großen und kleinen Ländern, der bislang die Grundlage des Integrationsprozesses bildete. Indem das Prinzip der doppelten Mehrheit den Entscheidungsprozess erleichtert, vermindert es gleichzeitig den Legitimierungsgrad der Entscheidungen des Rates der EU. Einen Konsens zu suchen wird so nicht gefördert. Dieser Argumentation folgend, war im Fall des bisherigen Systems der Stimmengewichtung die Suche nach Konsens eine Notwendigkeit, weil sich die Mehrheitsfindung als sehr schwierig gestaltete.

Drittens ist seit der Schwächung des formalen Einflusses auf den Entscheidungsprozess die Überzeugung nicht weniger wichtig, dass dies zu einer prinzipiellen Störung des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Modellen der wirtschaftlichen Entwicklung führen wird, welche in der EU aufeinander treffen. Hinter der Unterstützung für „Nizza“ steht folglich die Überzeugung: „Polen muss die Kontrolle über den Prozess der Harmonisierung

15 Konrad Szymański: Eurokonstytucja na polską miarę. „Gazeta Wyborcza”, 16. Januar 2007. Mehr zum Thema der GASP im Vertrag: Olaf Osica, Wspólna polityka czy wspólne instytucje? WPZiB po fiasku traktatu konstytucyjnego. „Nowa Europa. Przegląd Natoliński”, Sondernummer, Januar 2007, S. 80-101.

16 Vgl. Rafał Trzaskowski. Traktat ustanawiający konstytucję dla Europy. Analiza poszczególnych reform instytucjonalnych. „Nowa Europa. Przegląd Natoliński”, Sondernummer, Januar 2007, S. 46-65.

des Wirtschafts- und des Sozialrechts in der EU behalten sowie die Kontrolle über die Entstehung eines Regulierungssystems in der Union. Des Weiteren die Kontrolle in der Justiz- und Innenpolitik”¹⁷. Die Befähigung zur Kontrolle des Gesetzgebungsprozesses in der Union zu bewahren, ergibt sich in erster Linie aus der Furcht vor der Dominanz durch EU-Staaten, deren protektionistische Einstellung in Wirtschaftsfragen Polen die Ausschöpfung seiner Konkurrenzfähigkeit unmöglich macht. Nach Ansicht eines Europaabgeordneten der *PiS* sind die unlängst beschlossene Unionsdirektive zur Arbeitszeit, die Patent-, Dienstleistungs- und Chemikaliendirektive eben Ausdruck protektionistischer Bestrebungen und des Hangs zur Überregulierung, was nicht zur Verwirklichung der offiziell deklarierten sozialen Funktionen beiträgt. Eine Schlüsselrolle spielt für Polen daher die politische und institutionelle Befähigung zur „Blockade schlechter, schädlicher Regulierungen, wie z.B. der Arbeitszeit-Direktive”¹⁸. Außerdem schwächt das System der doppelten Mehrheit nach Meinung seiner Gegner auch die Koalition der Staaten, die wie Polen an einer Energie- und Ostpolitik interessiert sind.

Polens Priorität in den Verhandlungen über die Zukunft des Vertrags ist, die negativen Konsequenzen der Veränderungen im Entscheidungsprozess im Rat der EU zu verhindern. Dieses Ziel kann auf zweierlei Weise erreicht werden. Die erste ist, den Bereich der Entscheidungen, die mit Stimmenmehrheit getroffen werden, zu beschränken. Die Ausweitung der Anwendung dieses Prinzips im Verfassungsvertrag auf 63 Bereiche bei gleichzeitiger relativer Schwächung der Stimme Polens gegenüber Deutschland (das als einer der Fürsprecher von Protektionismus und Überregulierung wahrgenommen wird) wird als nachteilig für Polen betrachtet. Nach Auffassung von Außenministerin Anna Fotyga ist der gegenwärtige Stand der Dinge „optimal“ und bedarf keiner Änderung¹⁹. Dies betrifft insbesondere Fragen der Energiepolitik, in denen Polen das Veto-Recht behalten möchte²⁰.

Die zweite Methode ist die Einführung eines Abstimmungssystems, das Polen und ähnlich denkenden Ländern reale Möglichkeiten der Einflussnahme gibt. Über lange Zeit hinweg vertrat Polen die Auffassung, dass nur die Rückkehr zu dem im Vertrag von Nizza vorgesehenen Modell eine befriedigende Lösung sei („Nizza oder der Tod“). Dies hat sich geändert. Zwar wird Nizza weiterhin sowohl von der Regierung als auch von der Opposition als Optimallösung angesehen, doch angesichts der Chancenlosigkeit, hier Unterstützung von anderen Ländern zu finden, ist Warschau zum Kompromiss bereit. Die Suche nach einer neuen Formel erfordert allerdings, das so genannte Paket des institutionellen Vertrags noch einmal aufzuschnüren und auf das darin festgeschriebene Prinzip der doppelten Mehrheit zu verzichten. Polen möchte die Diskussion über das Abstimmungssystem neu eröffnen und plant, einen eigenen Vorschlag zu präsentieren.

Das polnische Konzept, so der Beauftragte der Regierung für den Verfassungsvertrag, Marek A. Cichocki, sieht die Einführung des so genannten *Jagiellonen-Systems* vor (abgeleitet vom Namen der Jagiellonen-Universität, Krakau, der die Mathematiker und zugleich Autoren dieses Konzepts angehören). Es geht davon aus, dass jedes Land im Rat der EU über eine zur Quadratwurzel seiner Einwohnerzahl proportionale Stimmenzahl verfügt. Um einen Beschluss zu verabschieden, muss eine 62% - Hürde überschritten werden. Dieses Modell könnte noch um die Zusatzbestimmung ergänzt werden, dass der Beschluss von der Mehrheit der Mitgliedstaaten getragen werden muss. Dies würde das Stimmengewicht kleiner Staaten

17 Konrad Szymański: Eurokonstytucja na polską miarę. „Gazeta Wyborcza”, 16. Januar 2007.

18 Ibidem.

19 Konrad Niklewicz: Fotyga o Polsce w UE: nikt nas nie słucha. portal „Gazeta Wyborcza”, 15. Februar 2007.

20 Dies sagte Außenministerin Anna Fotyga. Siehe dazu: Konrad Niklewicz: Solidarność w eurokonstytucji? „Gazeta Wyborcza”, 24. Januar 2007.

vergrößern, ohne zugleich prinzipiell die Maßgabe der Gleichheit der Stimmengewichtung aller Bürger zu untergraben. Der Vorteil dieses Systems wäre zudem, dass es mit Leichtigkeit auch im Fall der nächsten Erweiterung Anwendung finden könnte. Dies wäre somit ein Kompromiss zwischen dem Prinzip der doppelten Mehrheit, das das demografische Kriterium hervorhebt, und dem System von Nizza, das für kleinere Staaten vorteilhafter ist²¹.

Die Position der Oppositionsparteien²²

Auch die oppositionelle *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) ist zu einem Kompromiss in der Frage des Abstimmungssystems bereit. Für die *PO* kommt der Festschreibung der Energie-Solidarität in der Verfassung eine Schlüsselbedeutung zu (siehe unten). Dieser Vorschlag findet offizielle Zustimmung in der Partei²³. Nach inoffiziellen Äußerungen von *PO*-Vertretern kann seine Aufnahme in den Verfassungstext eine hinreichende Bedingung für die *PO* sein, das gesamte Dokument zu unterstützen, was die Akzeptanz des Systems der doppelten Mehrheit implizieren würde²⁴. Ein anderer Lösungsansatz, über den in der *PO* diskutiert wird, ist der Kampf um ein anderes Abstimmungssystem als das in der Verfassung verankerte²⁵. Ein solcher Standpunkt wäre deckungsgleich mit dem der Regierung in dieser Angelegenheit.

Im Fall der *PO* sieht man eine deutliche Wandlung in der Haltung zu Fragen der Europapolitik. Die Partei, deren führender Politiker Jan M. Rokita die Formulierung „Nizza oder der Tod“ prägte und die die Idee einer Europäischen Verfassung an sich kritisierte, setzt sich nun deutlich von der *PiS*-Linie ab. Mit Sicherheit ist dies eins der Mosaiksteinchen im Aufbau einer markanteren politischen Identität als Oppositionspartei. Der eindeutig proeuropäische Standpunkt drückt sich schon in dem sloganhaften Postulat aus, Polen solle „von Kopf bis Fuß in Europa eintauchen“²⁶. Trotzdem sind die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition bezogen auf konkrete Inhalte des Verfassungsvertrags nicht groß. Die *PO* spricht sich v.a. bedeutend positiver als die Regierung für eine gemeinsame EU-Außenpolitik und die Bedeutung des Europäischen Parlaments aus. Bronisław Komorowski, in der *PO* für auswärtige Angelegenheiten zuständig, schrieb über die Postulate der Partei zur neuen Version des Vertrags: „Erstens: dies fordert die *PO* seit Jahren – die Stärkung der gemeinsamen EU-Außenpolitik. Dazu gehört die Berufung eines EU-Außenministers sowie auch die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments.“ In diesen Fragen zeichnet die *PiS* eine bedeutend größere Reserviertheit aus. Andere Prioritäten der *PO*, wie die Stärkung der gemeinsamen Verteidigungspolitik, die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik und der Kampf gegen den Terrorismus werden auch von der Regierung unterstützt. Dasselbe betrifft die Änderung der Bezeichnung des Vertrags, den die *PO* statt *Verfassungsvertrag* „Vertrag über die Konsolidierung der Europäischen Union“ oder „EU-Grundlagenvertrag“ nennen möchte²⁷.

21 Marek A. Cichocki: The German EU Presidency – The Polish Point of View. “Foreign Policy in Dialogue”, German EU Presidency. Priorities and External Expectations, Vol. 8, Issue 21, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue21.pdf>, S. 56.

22 Die Positionen aller Parteien zum Vertrag wurden während der Sejm-Debatte am 2. März 2007 präsentiert.

23 Ibidem, S. 56.

24 Konrad Niklewicz: Solidarność w eurokonstytucji? „Gazeta Wyborcza” vom 24. Januar 2007.

25 Diese Position verabschiedete die Landeskonzferenz der *PO*. Siehe dazu: Rafał Kalukin: *PO zmienia kurs w polityce zagranicznej*. „Gazeta Wyborcza” vom 19. Februar 2007.

26 Bronisław Komorowski, „Polityka”, Februar 2007.

27 Bronisław Komorowski: Razem, gdy zakręca kurek. „Gazeta Wyborcza” vom 22. Januar 2007.

Unter den kleineren Oppositionsparteien hat die positivste Einstellung zum Verfassungsvertrag in seiner gegenwärtigen Form die im Sejm durch die *Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* vertretene Linke. Ihre Partner im Bündnis *Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD)* sind die nicht im Parlament vertretenen Parteien *Polnische Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska – SdPl)* und *Die Demokraten (Demokraci.pl)*. Das positive Verhältnis zur Integration und der proeuropäische Charakter ist eins der Merkmale des Programms der Linken. Sie spricht sich für einen konstruktiven Beitrags Polens in der Verfassungsdebatte aus und kritisiert die Regierung für den bis vor kurzem eingenommenen Standpunkt, der Verfassungsvertrag sei hinfällig. Die *SLD* reichte ein Projekt für ein europaweites Referendum in der Verfassungsfrage ein, das z.B. am 9. Mai 2007 stattfinden und Schlüsselemente des Vertrags betreffen könnte und dessen Ergebnisse bei der weiteren Ausarbeitung der Verfassung berücksichtigt werden müssten. Die *SLD* spricht sich auch für die Kürzung und Vereinfachung des ersten und zweiten Vertragsteils aus, was bedeuten würde, den Bedenken der Länder entgegenzukommen, die die Verfassung bereits abgelehnt haben. Im wesentlichsten Punkt – beim Abstimmungssystem – scheint die *SLD* das Prinzip der doppelten Mehrheit vorsichtig zu unterstützen, indem sie darauf hinweist, dass seine modifizierte Version (55% der Staaten und 65% der Bevölkerung) der Dominanz der „Großen“ vorbeuge und dass das von der Regierung favorisierte System von Nizza lediglich eine provisorische Lösung sei.

Unter den beiden Koalitionsparteien erregt die proeuropäische Wandlung der *Selbstverteidigung (Samoobrona)*, die zumindest auf der Ebene der Deklarationen stattfand, einige Aufmerksamkeit. Diese Partei, die gegen den Beitritt Polens zur EU gewesen war, erklärt sich heute mit der Mehrheit der neuen institutionellen Lösungsansätze im Verfassungsvertrag (Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik, Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament) einverstanden und unterstützt ebenso den Aufbau eines sozialen Europa. Das Verhältnis zur Integration ist freilich kein wesentliches Merkmal der politisch-ideellen Identität dieser Partei. Doch mit Blick auf das große ländliche Wählerpotenzial muss sie die Tatsache berücksichtigen, dass ihre Wählerschaft zu denjenigen gehört, die am meisten von den nach Polen fließenden EU-Mitteln profitieren. Die *Selbstverteidigung* spricht sich darüber hinaus dafür aus, Referenden zur Entscheidungsfindung in manchen Fragen auf EU-Ebene zu nutzen.

Für die *Liga der Polnischen Familien (LPR)* ist der Verfassungsvertrag ein Zeugnis für die gewaltsame Integrierung Europas – gemäß dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“, so der Abgeordnete Janusz Dobrosz. Das Fiasko der Ablehnung des Verfassungsentwurfs nimmt sie mit Genugtuung auf. Die *LPR* weist darauf hin, dass das Referendum über den EU-Beitritt Polens, dessen Ausgang sie trotz ihrer Ablehnung respektiert, einen Vertrag betraf, der Polen das System von Nizza bei Entscheidungsprozessen garantiert hatte. Dessen Außerkraftsetzung wird somit als unehrliche Lösung angesehen. Die *LPR* fordert eine bessere Behandlung der Staaten Mittel- und Osteuropas in der EU als Ausgleich für die Jahrzehnte, die sie hinter dem „Eisernen Vorhang“ leben mussten. Mit Rücksicht auf ihre Beteiligung an der Regierungskoalition widersetzt sich die *LPR* in der Verfassungsfrage nicht der vom Premier und dem Außenministerium vertretenen Position, kündigt aber an, sich einem allzu weichen Standpunkt in Schlüsselfragen sowie „allzu übereilten Beschlüssen“ entgegen zu stellen.

Die *Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, die kleinste Oppositionspartei, spricht sich für eine Zweiteilung des Verfassungsvertrags aus: „Eine Verfassung für die Menschen und ein Vertrag, der das Funktionieren der europäischen Institutionen formuliert. Die Verfassung, oder eher eine an die Bürger gerichtete Europäische Erklärung, würde einen Katalog gemeinsamer Werte, Überzeugungen, Zielsetzungen, Maßstäbe für deren Erreichung, einen Hinweis auf die Identität sowie all das enthalten, was in

der Charta der Grundrechte der EU Eingang gefunden hat. Dagegen würde der Grundlagenvertrag formulieren, wie die Institutionen der EU zu funktionieren haben, welches die erwarteten Änderungen und Lösungsansätze sind, die die bisherige Unionspolitik verbessern sollen, sowie er auch Neues einbringen würde, Stichwort Politik der Energiesolidarität unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union”²⁸. Die *PSL* ist eine gemäßigt proeuropäische Partei, deren Wählerschaft in noch größerem Maße als bei der *Selbstverteidigung* auf dem Land angesiedelt ist, was ihre Position in EU-Fragen prägt.

Die Energiepolitik

Die gemeinsame Energiepolitik der EU und Deutschland

Angesichts der sich wiederholenden Gaskrisen, der wachsenden Konkurrenz um Energieträger auf der Welt sowie des Anstiegs der Energiepreise ist der Aufbau einer gemeinsamen Energiepolitik in den letzten Jahren zu einem der führenden Themen im Integrationsprozess geworden. Ein Fundament unter eine tragfähige Konstruktion zu legen, ist auch eine der Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes. Ein deutliches Engagement in Sachen einer gemeinsamen EU-Energiepolitik zeigt vor allem die Europäische Kommission, die bereits im März 2006 ihr grundlegendes Dokument zu diesem Thema vorgelegt hat, das so genannte Grünbuch²⁹. Im Januar 2007 stellte sie konkretere Prinzipien vor, auf die die EU-Energiepolitik begründet werden sollte³⁰. Die Kommission betont die Notwendigkeit der Liberalisierung des Energiemarktes in Europa, des Verzichts auf Gesetzesvorgaben bei der Preisfestlegung und der Trennung von Energie produzierenden und vertreibenden Konzernen. Einen wichtigen Platz unter diesen Vorschlägen nehmen die Empfehlungen für die Entwicklung eines europäischen Verteilernetzes, die Modernisierung der Infrastruktur und auch die Berufung von Energiekorrespondenten in jedem Mitgliedstaat ein. Diese sollen im Krisenfall Kontakt miteinander aufnehmen. Besondere Bedeutung misst die Kommission der Frage nach der Begrenzung der Abhängigkeit der EU von traditionellen Energiequellen bei, die größtenteils außerhalb der EU liegen. So strebt sie an, die Nutzung erneuerbarer Energien beträchtlich zu steigern sowie die Energiemenge zu begrenzen und die Effektivität der genutzten Energie zu erhöhen.

Obwohl Deutschland sich zum entschiedenen Anhänger einer gemeinsamen Energiepolitik erklärt, wird sein Standpunkt in konkreten Fragen durch seine spezifische Situation in diesem Bereich beeinflusst. Erstens ist Deutschland der größte Importeur und strategische Partner Russlands bei der Zusammenarbeit im Energiesektor. Deutsche Konzerne sind auf besonders starke Weise über das Kapital mit dem russischen Energiemarkt verknüpft. Zweitens gehören die deutschen Konzerne zu den mächtigsten in Europa, und die Bundesregierung muss sich mit ihrer Meinung in der Frage der Liberalisierung des Energiemarktes auseinandersetzen. Drittens kündigt die deutsche Koalitionsregierung unter dem Einfluss der Sozialdemokraten - im Gegensatz zu anderen EU-Staaten - den Rückzug aus der Kernenergie an, was Ursache für Spannungen mit der Europäischen Kommission ist, die darin eine wichtige und zukunftssträchtige Energiequelle sieht (die Christdemokraten heben vorsichtig die Notwendigkeit hervor, die Rolle der Kernenergie in der Zukunft zu überdenken).

28 Sejmabgeordneter Andrzej Grzyb (PSL) in der Sejm-Debatte vom 2. März 2007.

29 Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. Brüssel, 08.03.2006 KOM (2006) 105 endgültige Version, http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf.

30 Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa. Brüssel, 10.1.2007 KOM (2007) 1 endgültige Version.

Als Außenminister Frank-Walter Steinmeier über die Grundsätze sprach, nach denen sich die Europäische Union richten solle, nannte er an erster Stelle die Notwendigkeit, die Tatsache zu berücksichtigen, dass Russland der wichtigste Partner sei. Diesen Zustand der gegenseitigen Abhängigkeit gelte es nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene zu bewahren. Seiner Auffassung nach ist „die Befürwortung einer stärkeren Verflechtung mit Russland im Energiebereich nicht naiv.“ Sie müsse erfolgen, solange die europäischen Energieunternehmen stark seien. Außerdem müsse sich eine solche Zusammenarbeit auf feste Prinzipien stützen (derselbe Marktzugang, Akzeptanz der EU-Wettbewerbsregeln, ein stabiler rechtlicher Rahmen)³¹ - daher auch die Forderung, Russland solle die Energie-Charta ratifizieren. Dialog und Partnerschaft zwischen den Hauptproduzenten und –konsumenten sowie die Schaffung eines internationalen Rahmens für die Zusammenarbeit im Bereich Energie (z.B. *cooperative energy security structure* nach dem Muster der KSZE³²) sind die sich ständig wiederholenden Motive in den Stellungnahmen deutscher Politiker³³.

Deutschland unterstützt generell die weitere Liberalisierung im Bereich der Energiepolitik und plant, den Aufbau eines gemeinsamen Marktes bis zum 1. Juli 2007 abzuschließen. Vor allem geht es hierbei um die Verbesserung der Kooperation nationaler Behörden, die für die Aufsicht des Energiemarkts zuständig sind (was im Falle von Krisen von großer Bedeutung wäre), sowie um eine größere Markttransparenz, die durch einen verbesserten Zugang zu Informationen, wie dieser Markt funktioniert, gewährleistet werden soll. Dennoch ist der Standpunkt Berlins – ähnlich wie der von Paris – bereits in der sensiblen Frage der Trennung der Konzerne nach ihrer Funktion - Produktion oder Vertrieb - sehr zurückhaltend. Zunächst gilt es, die Wirkung bereits geltender Mechanismen zu überprüfen. Wirtschaftsminister Glos sagte, er sei skeptisch, ob man mittels einer Trennung nach Rechts- und Eigentumscharakter das bestehende Problem lösen könne³⁴.

Deutschland spricht auch von der Diversifizierung der Energiequellen, doch auf geografischen Diversifizierungskriterien scheint nicht das Hauptaugenmerk zu liegen³⁵. Im Hinblick auf die Ziele einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik werden eher die Reduzierung der Abhängigkeit vom Import durch die Erhöhung der Energieeffektivität (Energiesparen, neue Technologien) sowie die Entwicklung erneuerbarer Energien betont. Letzteres steht im Einklang mit dem hohen Stellenwert, den Berlin dem Problem des Klimawandels zuweist. In diesen Aspekten ist der deutsche Standpunkt dem der Europäischen Kommission nah.

Die Position Polens: Vor allem Sicherheit

Polens Einstellung zur Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik ist stark durch den hohen Grad seiner Abhängigkeit von Rohstoffimporten bedingt: 95% des Erdöls, das die polnische Wirtschaft benötigt, um funktionieren zu können, kommen aus Russland. Ebenfalls etwa zwei Drittel des polnischen Gasverbrauchs kommen aus Importen, davon wiederum über 65% aus Russland und 26% aus Zentralasien – über die von Gazprom kontrollierte

31 "Internationale Aspekte der Energiepolitik" - Rede von Bundesaußenminister Steinmeier beim zweiten Energiegipfel der Bundesregierung, 09.10.2006.

32 Frank-Walter Steinmeier: Avoiding conflict over fuel. "International Herald Tribune", March 22, 2006.

33 "Ausblick auf die deutsche EU-Präsidentschaft: Stand der Vorbereitung in der Bundesregierung" - Rede von Staatssekretär Silberberg, 04.10.2006.

34 "Deutschlands Beitrag zu einer wettbewerbsfähigen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung innerhalb der EU", Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Michael Glos MdB anlässlich der Konferenz des Wirtschaftsrates der CDU, 20.11.2006.

35 In hohem Maße deshalb, weil Deutschland eine nahezu ideal verteilte Diversifizierung seiner Gasimportquellen hat: Gazprom (34%), Gasunie (19%), Statoil (15%), eigene Vorkommen (17%).

Gesellschaft RosUkrEnergo. Zugleich sind über 90% des Gasimports von der Kooperation mit Moskau abhängig. Polen verbraucht zwar sehr wenig Gas (13 Mrd. m³ im Jahr – zum Vergleich: Deutschland 80 Mrd. m³), was lediglich 13% des jährlichen Energieverbrauchsvolumens (in Deutschland 22,7%) ausmacht. Seine Bedeutung in der polnischen Energiebilanz wird jedoch wachsen (nach Schätzungen auf 22,5 Mrd. m³ im Jahr 2025³⁶). Auch die Rolle von Gas als Energiequelle in strategischen Industriezweigen sowie die technischen Schwierigkeiten und hohen Kosten bei der Überbrückung eventueller Lieferungsunterbrechungen bewirken, dass die Frage der Energiesicherheit Polens hauptsächlich durch das Prisma des Gasimports wahrgenommen wird.

Den Grad der Abhängigkeit Polens von Gaslieferungen aus Russland bestimmt der so genannte Vertrag von Jamal. Kraft dieser 1996 getroffenen Vereinbarung verpflichtet sich Polen zum Kauf von 250 Mrd. m³ russischen Gases bis zum Jahr 2020, das über zwei Strecken der Jamal-Pipeline strömen sollte. Der Umfang der jährlichen Gaslieferungen aus Russland sollte schrittweise auf bis zu 14 Mrd. m³ im Jahr 2010 gesteigert werden. Das Abkommen mit Russland wurde aber auf Grundlage falscher Prognosen, die den polnischen Gasverbrauch überschätzt hatten, abgeschlossen. Der Gasbedarf stieg wesentlich langsamer als angenommen. Kraft eines 2003 unterzeichneten Zusatzprotokolls zum Abkommen wurde seine Laufzeit bis 2022 verlängert, aber die Menge des nach Polen importierten Gases verringert (auf 161 Mrd. m³)³⁷. Das Zusatzprotokoll sieht vor, dass bis 2009 die Menge des von Gazprom bezogenen Gases von 7 auf 7,3 Mrd. m³ gesteigert wird. Von 2010-14 sollen die jährlichen Lieferungen 8 Mrd. m³ und bis 2022 jeweils 9 Mrd. m³ betragen³⁸. Der Vertrag zur Jamal-Pipeline ist demnach ein wesentliches Hindernis in den polnischen Plänen, die Gaslieferungen zu diversifizieren.

Doch sogar nach der geänderten Version des Abkommens mit Gazprom reichen die vertraglich vereinbarten Gasimportmengen bis 2022 völlig aus (zusammen mit den im Inland geförderten Mengen), den polnischen Gasbedarf zu decken. Polen will die Gasversorgungsquellen diversifizieren, indem es Abkommen mit anderen Lieferanten als Gazprom abschließt, um seine strategische Sicherheit zu wahren. Es kann sich aber herausstellen, dass die auf der Grundlage solcher Vereinbarungen zusätzlich eingeführten Gasmengen vom Markt nicht aufgenommen werden. Alles hängt davon ab, wie sich der Gasbedarf der polnischen Wirtschaft entwickeln wird. Sogar wenn sich die Prognosen bestätigen sollten, nach denen sich die Nachfrage nach Gas in Polen innerhalb von fünfzehn Jahren verdoppeln wird, wird Polen im Jahr 2020 kraft des Jamal-Abkommens über die Lieferung von 9 Mrd. m³ Gas weiterhin zu etwa 50% von Gazprom-Lieferungen abhängig sein³⁹.

Ein zweiter Faktor, der das Verhältnis Polens zur Energiepolitik bestimmt, ist die Rolle Polens als Transitland. Über die Pipeline Jamal I werden jährlich ca. 30 Mrd. m³ Gas an westeuropäische Abnehmer geliefert. Insgesamt sollten durch beide Leitungen 67,5 Mrd. m³ Gas im Jahr strömen. Trotz eingegangener Verpflichtung hat die russische Seite den Bau der zweiten Pipeline mit den polnischen Partnern jedoch nicht aufgenommen und sich stattdessen im Projekt der Ostsee-Pipeline engagiert⁴⁰. Polen kritisiert dieses Projekt und stellte sich

36 Nach Schätzungen von Polskie Górnictwo Naftowe i Gazowe aus dem Jahr 2004. Daten entnommen aus: Gaz musi płynąć z kilku kierunków, „Gazeta Prawna” vom 23.01.2006.

37 Maciej Janiec: PGNiG – W cieniu kontraktu jamalskiego i unijnej dyrektywy gazowej. S. 2 www.reakkt.com.

38 Andrzej Kublik: Bezczenny aneks. „Gazeta Wyborcza”, 24.06.2003.

39 Maciej Janiec, op. cit., S. 3.

40 Nach dem Bau der Ostsee-Pipeline wird auf diesem Weg der Großteil des für die Versorgung Westeuropas bestimmten Gases strömen (zunächst 27 Mrd. m³, angestrebt 55 Mrd. m³).

(gemeinsam mit den baltischen Staaten) erfolgreich gegen die Kreditvergabe durch die Europäische Investitionsbank⁴¹. Die daraus resultierende Furcht vor dem Verlust seiner strategischen Bedeutung als Transitland sowie davor, seitens Russland einer Energieerpressung ausgesetzt zu sein⁴², ist prägend für die polnische Herangehensweise in der Frage der Energiesicherheit.

Während also der Begriff der „Energieaußenpolitik“ in Deutschland erst seit Anfang 2006 Verwendung findet, wird die Frage einer weit gehenden Abhängigkeit im Bereich der Gasimporte aus Russland seit langem in Polen als eins der wichtigsten Probleme der Energiesicherheit wahrgenommen. Das Ergebnis dieser Wahrnehmung ist nicht nur Polens Einspruch gegen die Ostsee-Pipeline als Versorgungsweg für Gas nach Europa, sondern auch die bislang wichtigste polnische Initiative in Fragen der Energiepolitik auf EU-Ebene, nämlich der so genannte „Pakt der Musketiere“. Die Betonung der Frage der Energiesicherheit hat auch auf die polnische Position gegenüber Plänen der Europäischen Kommission im Energiebereich starken Einfluss.

Sicherheit = Diversifizierung

Die Frage der Diversifizierung der Gaslieferungen ist heute erstrangiges Ziel der polnischen Energiepolitik. Dies hat wesentliche Bedeutung für den polnischen Standpunkt in der Europäischen Union. Es erklärt nämlich die Distanz, mit der Polen lange Zeit auf Pläne einer gemeinsamen Energiepolitik der EU reagierte. Aus polnischer Perspektive berühren die Vorschläge der Europäischen Kommission – Liberalisierung des Energiemarkts, Förderung der Konkurrenz, Effektivität bei der Energienutzung, Nutzung erneuerbarer Energiequellen – nicht den Kern des Problems. Für Polen ist das Hauptproblem die Energiesicherheit im engeren Sinne: als Sicherheit und Diversifizierung der Lieferungen. Die anderen eingangs genannten Aspekte, die für die Kommission Energiesicherheit im weiteren Sinne ausmachen, haben aus polnischer Sicht entschieden zweitrangige Bedeutung⁴³. Diese Auffassung wird in den Äußerungen des stellv. Wirtschaftsministers, Piotr Naimski, verantwortlich für die Diversifizierung der Lieferungen, sichtbar. In einem Interview sagte er: „Die EU hat keine Energiepolitik. Die Energiesicherheit der EU-Mitgliedsländer liegt in der Hand der einzelnen Regierungen. So war es, ist es, und man kann vermuten, dass es noch lange so sein wird. Unser Vorschlag kann im Rahmen der EU aus einem prinzipiellen Grund nicht umgesetzt werden: Der heute gültige EU-Vertrag reicht nicht aus, um den politischen Mechanismus einzuführen, auf Gefahren solidarisch zu reagieren. Die Union hat ja auch Probleme, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu realisieren. Wenn wir die Dimension der Energiesicherheit hinnehmen, werden wir kaum von einem Erfolg sprechen können“⁴⁴.

Die Europäische Union spielt aus der polnischen Perspektive keine Schlüsselrolle, wenn es um die wichtigste Herausforderung geht, vor der die polnische Energiepolitik steht. Das Postulat, dem eigenen Staat Energiesicherheit zu garantieren, wird demnach vor allem durch die Suche nach alternativen Gaslieferungen auf eigene Faust umgesetzt. Insbesondere angesichts der sich wiederholenden Schwierigkeiten mit Lieferungen aus Russland sowie der

41 Die EIB lehnte den Antrag des Konzerns Nord Stream auf Zuteilung eines Kredits für den Bau der Gaspipeline im Februar 2007 ab.

42 Eine evtl. Unterbrechung der Gasversorgung von Polen würde anderen Kunden von Gazprom nicht wesentlich schaden, denn diese erhielten Gas über die Ostsee-Pipeline.

43 Vgl. Ernest Wyciszkievicz: „One for All - All for One“ – The Polish Perspective on External European

Energy Policy. in: Dealing with Dependency. The European Union's Quest for a Common Energy Foreign Policy, „Foreign Policy in Dialogue“, Vol. 8. Nr. 20, Trier, 11 January 2007, s. <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue20.pdf>, S. 34-42.

44 Naimski: Nie pošemy czołgów po ropę. „Gazeta Wyborcza“ vom 4. März 2006.

wachsenden Überzeugung, dass Russland die „Gaswaffe“ als politisches Druckmittel einsetzt, wurde diese Frage zu einer der Hauptaufgaben der polnischen Regierungspolitik. Die von den Vorgängerregierungen unternommenen Diversifizierungsversuche misslangen. Das ernsthafteste Projekt wurde 2001 vom polnischen Monopolisten PGNiG sowie fünf norwegischen Unternehmen unterzeichnet und sah eine Lieferung von 74 Mrd. m³ Erdgas von Norwegen nach Polen aus Vorkommen in der Nordsee für den Zeitraum von 2008 bis 2024 für etwa 50 Mrd. Złoty (ca. 13 Mrd. Euro) vor. Zu diesem Zweck sollten die Norweger eine Pipeline mit einer Länge von 1.100 km bis nach Niechorz (60 km östlich von Swinemünde/Świnoujście) bauen. Das Abkommen wurde jedoch nicht umgesetzt, denn die nach den Wahlen im Herbst 2001 regierende Koalition aus *SLD* und *PSL* sah diese Investition als unrentabel an⁴⁵. Die seit Herbst 2005 bestehende *PiS*-Regierung kehrte aber zum Konzept des Gasimports aus Norwegen – als Hauptprojekt der Diversifizierung - zurück. Polen sollte von dort etwa 5 Mrd. m³ Gas pro Jahr importieren. Um diese Investition zu ermöglichen, bedarf es weiterer Abnehmer des Rohstoffs aus der geplanten Pipeline, damit jährlich 8-10 Mrd. m³ Gas hindurchströmen können⁴⁶. Ein zweites Konzept zur Diversifizierung ist der Bau eines Terminals für Flüssiggas (LNG) mit einem Lieferumfang von jährlich etwa 3-5 Mrd. m³. Das Gas könnte aus Norwegen, Algerien oder dem Nahen Osten kommen⁴⁷. Den Beschluss über die Ansiedlung dieser Investition in Swinemünde fasste die Regierung im Dezember 2006. Die Inbetriebnahme des Gashafens ist für 2011 vorgesehen⁴⁸.

Die Priorität der Diversifizierung ist auch das Argument gegen die eventuelle Anbindung Polens an die Ostsee-Pipeline. Polen ist nicht daran interessiert, noch mehr Gas als heute schon aus Russland zu beziehen, was die Folge einer solchen Anbindung wäre. Außerdem würde dies die Bedeutung der Jamal-Pipeline schmälern. Wie bereits erwähnt, werden sich die vertraglich festgelegten Liefermengen in den kommenden Jahren erhöhen. Nicht der Gasmangel, sondern die Abhängigkeit vom Import von ausschließlich einem Partner ist das Hauptproblem der polnischen Energiepolitik. Als zusätzliches Argument dient die Tatsache, dass das „Ostsee-Gas“, das mit vereinten Kräften von Gazprom und deutschen Konzernen vertrieben werden wird, vermutlich sehr teuer sein wird, um die enormen Kosten dieser Investition zu kompensieren. Umso mehr wird die Beteiligung an diesem Vorhaben als unrentabel angesehen. Darüber hinaus liegt nach Auffassung Polens die Ostsee-Pipeline nicht im europäischen Interesse, bedeutet sie doch die weiter bestehende Abhängigkeit Europas von Lieferungen aus Russland.

Der „Pakt der Musketiere“

Die „Europäisierung“ des Problems der Energiesicherheit, indem auf der Ebene der Europäischen Union entsprechende Mechanismen zur Diversifizierung von Lieferungen sowie ein solidarisches Vorgehen in Krisensituationen vereinbart werden, ist, wie bereits festgestellt, keine realistische Option. Dennoch ist die Notwendigkeit, eine internationale

45 Antoni Podolski: Gaz narodowy czy europejski? Polityczne i historyczne uwarunkowania percepcji wybranych wyzwań dla bezpieczeństwa energetycznego RP, raport CSM.

46 Zweifel diesbezüglich wurden häufig geäußert. Der Minister für Transport a.D. Tadeusz Syryjczyk sagte: „Die Suche nach einer Gruppe entschlossener Abnehmer, die die Nachfrage nach Lieferungen im Umfang von 10 Mrd. m³ Gas erzeugen könnte, wovon Polen 5 Mrd. abnähme, erscheint schwierig. Der landesweite Verbrauch müsste wesentlich ansteigen, und die Substitution von Gas in nächster Zeit ist wenig wahrscheinlich, wenn auch in einigen Industrienischen (Bedarf zu Stoßzeiten) rentabel wäre“. „Gigawat Energia“, nr 3/2003, <http://www.gigawat.net.pl/article/articleprint/109/-1/10/>

47 Maciej Janiec: Scenariusze dla dywersyfikacji gazu i PGNiG. s. 1, www.reakkt.com

48 Andrzej Kublik: Gazoport zbudują w Świnoujściu. „Gazeta Wyborcza“ vom 16. Dezember 2006.

Antwort auf das Problem sicherer Lieferungen zu finden, eine der Prioritäten der Regierung. Dazu Premier Jarosław Kaczyński: „Polen ist in höchstem Maße daran interessiert, dass es auf diesem Gebiet auf europäischer Ebene, und wenn es gelänge auf Weltebene, zur Festlegung von Regeln und internationalen Absicherungen kommt, dass eine Situation entsteht, in der die Energiesicherheit zum integralen Bestandteil der Weltsicherheit wird und zugleich keine Möglichkeit besteht, Energie als Mittel für außerökonomische Ziele zu nutzen“⁴⁹.

In diese Richtung ging der Anfang 2006 formulierte Vorschlag für einen Europäischen Vertrag über Energiesicherheit, auch „Pakt der Musketiere“ genannt (dieser sollte sich nach dem Grundsatz „einer für alle, alle für einen“ richten). Das Vertragsziel war, die Stabilität der Lieferungen sowie Diversifizierung zu gewährleisten. Letztere sollte drei Aspekte betreffen: die Energiequellen, den Energieimport sowie das Transportnetz⁵⁰. Der Vertrag sollte „Ausdruck der Solidarität sein, die seine Unterzeichner angesichts des Energierisikos vereint, das aufgrund von Lieferungsbeschränkungen oder Exklusion von Versorgungsquellen hervorgerufen werden kann, wobei letztere in Folge möglicher Naturkatastrophen, Funktionsstörungen weit voneinander entfernt verlaufender Versorgungssysteme oder auch politischer Entscheidungen der Lieferer auftreten können“⁵¹.

Dieser Vorschlag wurde nicht nur an die Mitglieder der Europäischen Union gerichtet, sondern auch an die NATO-Staaten. Dabei ging es nicht um die Vergemeinschaftung der Energiepolitik, sondern um eine Bündnisbildung zu Gunsten der (Energie-)Sicherheit nach dem Muster des nordatlantischen Bündnisses, dessen Mitglieder sich im Fall einer Bedrohung gegenseitig zu Hilfe kommen müssen, weshalb dieses Projekt in der öffentlichen Debatte die Bezeichnung „Energie-NATO“ erhielt. Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe sollte die Anwendung jedweder Mittel, mit Ausnahme militärischer, umfassen. Dem Pakt sollten interessierte Länder der EU und NATO beitreten können, er bliebe offen für die übrigen Mitglieder dieser Organisationen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt hätten anschließen wollen. Der Pakt sollte kein „Interventionsinstrument auf dem internen Energiemarkt bzw. für seine Quellen und seinen Vertrieb“ sein. Dagegen sollte er „die Grundlage für eine tatsächliche Diversifizierung der Quellen, Transportmittel sowie der verbrauchten Energieträger auf dem Territorium eines jeden Unterzeichnerstaates sowie auf dem Gebiet, auf dem der Pakt gilt, schaffen“. Der polnische Vorschlag sah in diesem Ziel den Ausbau einer Infrastruktur, eines Liefer-, Lager- und Verbindungsnetzes zwischen den Energiesystemen der Unterzeichnerstaaten voraus. Der Pakt sollte mit einem kleinen Budget ausgestattet werden, aus dem einige Investitionsprojekte finanziert werden würden.

Der Vorschlag des „Musketier-Paktes“ war eine anschauliche Exemplifikation der polnischen Einstellung zur Frage der europäischen Energiekooperation, in der der Aspekt der Energiesicherheit und der Diversifizierung der Energiequellen eine dominierende Rolle spielt. Die Grundlage dieses Vorschlags bildet vor allem die Überzeugung von der Bedrohung dieser Sicherheit (Polens, aber auch ganz Europas) durch die übermäßige Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland und das sich daraus ergebende Bedürfnis nach der Garantie einer Solidarität der europäischen Staaten im Fall einer erneuten Unterbrechung der Rohstofflieferungen oder auch einer eventuellen „Gas-Erpressung“ von russischer Seite. Diese Denkweise über Energie in Kategorien der Sicherheitspolitik fand ihre Widerspiegelung in dem sich geradewegs auf die Konstruktion der NATO beziehenden

49 Rede des Präsidenten des Ministerrats Jarosław Kaczyński auf dem Empfang der höchsten diplomatischen Vertreter in Polen, 07.09.2006, http://www.kprm.gov.pl/1433_18404.htm#

50 Weiterführende Informationen zum polnischen Vorschlag sowie der Text in: Leszek Jesień: Poland's Proposal for the European Energy Security Treaty. in: Leszek Jesień (ed.). The Future of European Energy Security. Tischner European University, Kraków 2006.

51 Vgl. Text des Premiers: Kazimierz Marcinkiewicz: Jeden za wszystkich, wszyscy za jednego. „Rzeczpospolita“, 10.02.2006.

Vorschlag, auch wenn er in seinem Wesen vor allem an die Mitglieder der Europäischen Union, Norwegen und die Türkei adressiert ist. Charakteristisches Merkmal dieses Vorschlags war die Tatsache, dass nicht die Europäische Union den institutionellen Rahmen für die von Polen vorgeschlagenen Lösungen für die europäische Energiepolitik bilden sollte, sondern eine eigens zu diesem Zweck zu gründende Organisation. Das Konzept des Energiepakts fand nicht die Zustimmung der anderen Länder, und die Diskussion darüber wurde nicht auf EU-Ebene gehoben. Dies wurde in Polen sehr negativ aufgenommen, stellte man doch fest, dass die Interessen privater, hauptsächlich deutscher Konzerne wichtiger als das Solidaritätsprinzip in diesem so grundlegenden Bereich sind. Nichtsdestoweniger führte die erneute politisch begründete Unterbrechung der Gaslieferungen nach Belarus – mit Konsequenzen für Deutschland und Polen - dazu, dass das Problem der Energiesicherheit im Kontext paneuropäischer Entscheidungen wieder ins Zentrum der Diskussion rückte. In Polen hört man mit Genugtuung die Stimmen deutscher Politiker und Medienvertreter, die in letzter Zeit verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf den Aspekt der Energiesicherheit und die Rolle Russlands lenken. Auf der anderen Seite nahm man mit Enttäuschung die Unterstützung der neuen Bundesregierung für die Baupläne der Ostsee-Pipeline zur Kenntnis, obwohl Angela Merkel vor ihrem Amtseintritt größte Distanz gegenüber diesem Projekt gewahrt hatte, das mit ihrem Amtsvorgänger Gerhard Schröder assoziiert ist.

Das Grünbuch zur Energie: Zuerst Diversifizierung, dann Liberalisierung

Das Postulat der europäischen Solidarität sowie die Betonung der Notwendigkeit, die Energiequellen auf EU-Ebene zu diversifizieren, bleiben auch nach dem Fiasko des Energiepakts und angesichts des, wie es scheint, unvermeidlichen Baus der Ostsee-Pipeline die Pfeiler der polnischen Einstellung. Davon zeugt die polnische Stellungnahme zu dem im März 2006 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Grünbuch zur Energie, die die polnische Regierung im Herbst 2006 vorstellte⁵². Dieses Dokument ist die vollständigste Darstellung der polnischen Vorstellungen von einer gemeinsamen EU-Energiepolitik. Einige Aspekte sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Erstens: Bezug nehmend auf die drei Prinzipien, auf die gemäß dem Vorschlag der Europäischen Kommission die gemeinsame EU-Energiepolitik aufbauen soll – das sind Nachhaltigkeit, Konkurrenz und Sicherheit -, „stellt Polen hingegen fest, dass das Prinzip der Energiesicherheit über die anderen beiden Prinzipien gestellt werden sollte, und unterstreicht, dass die in einem EU-Mitgliedstaat getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Energiesicherheit wiederum zur Verbesserung der Energiesicherheit in der gesamten Europäischen Union beitragen und keine Verschlechterung des Zustands der Energiesicherheit in einem anderen Mitgliedstaat verursachen sollten. Dabei ist zu unterstreichen, dass Polen die drei im Grünbuch benannten Säulen der Energiepolitik als voneinander untrennbar ansieht, jedoch die Versorgungssicherheit als Basis hervorhebt, denn ohne diese sind die beiden anderen Pfeiler (d.h. Nachhaltigkeit und Konkurrenz) nicht möglich“.

Zweitens spricht sich Polen für eine „tatsächlich kohärente europäische Politik im Bereich der Energieversorgung“ aus. Deren Ziel ist klar umrissen und bedeutet eine möglichst weitgehende Diversifizierung der Energiequellen (sprich: eine Verminderung der Abhängigkeit vom Import aus Russland). Diversifizierung als grundlegende Bedingung für Sicherheit ist das Fundament der polnischen Position.

⁵² Die Position der polnischen Regierung zum Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. <http://www.mgip.gov.pl/GOSPODARKA/Energetyka/Zielona+ksiega.htm>.

Drittens ergibt sich aus der Betonung der Frage der Energiesicherheit das Postulat, „einen Mechanismus aufzubauen, der im Fall einer Energiekrise eine umgehende Reaktion ermöglicht“ (*mechanism enabling an instant reaction whenever an energy crisis occurs*). Die polnische Regierung bewertet die Vorgaben des Grünbuchs positiv, die besagen, dass sich ein solcher Mechanismus auf die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität stützen sollte. Damit einhergehend schlägt Polen in seiner Stellungnahme „den Aufbau eines *internationalen Reaktionsmechanismus für Krisenfälle* vor, der auf der Solidarität unter den Mitgliedsländern beruhen soll“. Dieser Vorschlag knüpft eindeutig an die Idee des Energiepakts an. Seine Verwirklichung hängt von der Schaffung entsprechender technischer Vorkehrungen ab. Polen ist der Auffassung, dass es für die Entwicklung des Solidaritätsmechanismus, der die Anwendung des Grundsatzes „einer für alle, alle für einen“ erlauben würde, vor allem zweier Dinge bedarf: „der Bezifferung minimaler Lagerkapazitäten durch die EU“ sowie „eines Vorschlags für den Ausbau grenzüberschreitender Pipeline-Systeme, die nicht nur auf Grund ökonomischer Faktoren realisiert würden, sondern auch in Hinblick auf mögliche Krisensituationen, in denen sie dann ausschließlich genutzt werden könnten. Solche Verbindungen gäben eine Art Sicherheitspolster, das die Erhöhung der Leistungskapazität in den Momenten ermöglichen würde, wenn die Energiesicherheit eines der Mitgliedstaaten bedroht wäre“.

Viertens ist vom Standpunkt der Prioritäten der Europäischen Kommission aus betrachtet die polnische Position in der Frage der Liberalisierung der Energiemärkte außerordentlich wichtig, da diese Frage als Pfeiler der gemeinsamen Energiepolitik Gegenstand von größtem Interesse in Brüssel ist. Die Auffassung Polens ist in dieser Frage vorsichtig, ja sogar skeptisch. Tatsächlich spricht sich Polen für einen liberalen Energiemarkt aus, aber – so beschrieb es der stellv. Wirtschaftsminister Piotr Naimski in einem Interview – „an dieser Stelle taucht das Problem der Reihenfolge der von uns getroffenen Maßnahmen auf. Wenn wir die völlige Liberalisierung des Vertriebs bei Beibehaltung der Monopolisierung der Lieferungen erreicht hätten, dann würden wir diesen liberalisierten Vertrieb der Gefahr einer feindlichen Übernahme durch den Monopollieferanten von außerhalb aussetzen (...). Daher muss zuerst die Diversifizierung der Quellen der Gaslieferungen gewährleistet und später erst die vollständige Marktliberalisierung im Vertriebsbereich durchgeführt werden“⁵³. Auch im oben zitierten Dokument der Regierung heißt es, dass „die Liberalisierung des Gasmarktes unter Berücksichtigung der Situation der Mitgliedsländer erfolgen soll, entsprechend der Möglichkeiten, die Lieferungen von Energieträgern in diese Länder zu diversifizieren sowie gemäß der von diesen Ländern realisierten Energiesicherheitsstrategie, darunter insbesondere der Diversifizierungsstrategie in Bezug auf die Erdgaslieferquellen (...). Deshalb ist die Reihenfolge so wichtig: erst Umsetzung der Diversifizierung der Erdgaslieferquellen und dann Marktliberalisierung.“ Die Befürchtungen im Hinblick auf die Liberalisierung des Stromenergiemarktes hängen damit zusammen, dass dieser in Polen sehr zersplittert ist. Die zahlreichen, verhältnismäßig kleinen Firmen auf dem polnischen Markt könnten für ausländische Konzerne leichte Beute sein. Gemäß dem im März 2006 von der polnischen Regierung beschlossenen „Programm für Elektroenergie“ soll eine schrittweise Konsolidierung des Marktes durch die Zusammenführung der kleinen Firmen zu einigen größeren Gruppen vorgenommen werden⁵⁴.

Fünftens spricht sich Polen dafür aus, die Einstellung zur Steinkohle als Energiequelle zu ändern. Nach Ansicht der Regierung sollte ihre Rolle als leicht und allgemein zugänglicher, unkompliziert zu lagernder und zu transportierender Rohstoff aufgewertet werden: Steinkohle

53 Piotr Naimski: Nieprawda, że Norwegowie nie mają gazu. Rozmowa, „Nowy Przemysł“, November 2006.

54 Dariusz Malinowski: Polski rząd chce łączyć firmy energetyczne. „Gazeta Wyborcza“ vom 28. Februar 2006.

als eins der wichtigen Elemente für die Garantie von Sicherheit und Diversifizierung. Das Thema der Kohlenutzung soll in die Diskussion über eine EU-Strategie in Energiefragen Eingang finden, es soll in neue, saubere Technologien der Kohlenutzung investiert werden. Angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten kann der bei der Kohleverbrennung entstehende Schadstoffausstoß leicht reduziert werden, wie auch die Kosten der aus Kohle gewonnenen Energie (vgl: Kohlegasifizierung, CO²-Rückgewinnung).

Zweifellos spiegeln die polnischen Postulate wider, dass die Energiepolitik als wichtiges Element der Sicherheitspolitik behandelt wird. Die Betonung der Dimension der Energiekooperation in der EU kommt einigen Vorschlägen der Europäischen Kommission und anderer Staaten entgegen und bedeutet keine Geringschätzung anderer Bereiche der geplanten gemeinsamen EU-Energiepolitik. Sichtbar ist jedoch ein deutlicher Unterschied bei der Akzentsetzung durch die Europäische Kommission, die vor allem die „weichen“ Aspekte der Energiepolitik betont, solche wie den Abschluss der Marktliberalisierung, die Ausweitung der Konkurrenz, die Investition in erneuerbare Energiequellen, den Ausbau des Versorgungsnetzes usw., während der polnische Standpunkt sich in erster Linie an den Reaktionen auf Bedrohungen und Krisensituationen orientiert. Dennoch sollte beachtet werden, dass eine solche Einstellung auch Institutionen der Europäischen Union nicht fremd ist. Das zeigt das gemeinsame Dokument vom Juni 2006 zum Thema der außenpolitischen Tragweite der EU-Energiepolitik, das die Europäische Kommission mit dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), Javier Solana, veröffentlichte⁵⁵. Die darin postulierte Einbindung der Energieproblematik in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) findet starke Zustimmung in Polen. Im o.g. Regierungsdokument steht: „Polen unterstützt das Konzept einer Paneuropäischen Energiegemeinschaft. Die EU könnte zu diesem Zweck das Konzept der Energiegemeinschaft Südosteuropas ausbauen, das zwischen der Europäischen Union und Südosteuropa ausgehandelt wurde. Eine solche neue Energiegemeinschaft könnte um Staaten wie die Ukraine, Norwegen und die Türkei erweitert werden. Wir sind bereit, zum Erfolg der Gründung der Initiative der im Grünbuch vorgeschlagenen Paneuropäischen Energiegemeinschaft beizutragen“.

Solidarität in Energiefragen im Verfassungsvertrag?

Einen eigenen Vorschlag zur gemeinsamen EU-Energiepolitik stellte auch die oppositionelle *Bürgerplattform (PO)* vor. Sie meint, dass sich Polen aktiv an der Debatte über den Verfassungsvertrag beteiligen und diese dazu nutzen sollte, die gegenwärtige Textversion u.a. um Zusätze eben zur Energiepolitik zu ergänzen.

Nach Meinung der *PO* sollte Polen die Stärkung der in Artikel I-43 des Verfassungsvertrags enthaltenen Solidaritätsklausel vorschlagen, die die gegenseitige Hilfe der EU-Mitgliedstaaten im Falle eines Terroranschlags oder einer Naturkatastrophe vorsieht. Die Forderung der *PO* betrifft die Aktualisierung dieser Klausel unter Hinzunahme „der Erklärung der gegenseitigen Solidarität der Mitgliedstaaten angesichts einer Gefährdung der Versorgung mit Energierohstoffen oder einer Krise der Energielieferungen, hervorgerufen durch z.B. technische Probleme (weitgreifende Störungen im Netz in einigen Staaten Westeuropas). So sollte der Artikel I-43 um folgende Formulierung ergänzt werden: *Die Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die Mitgliedstaaten, die dieser Unterstützung bedürfen, um die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten.*“ Dieser Vorschlag verfolgt im

55 An External Policy to Serve Europe's Energy Interests. Paper from Commission/SG/HR for the European Council, S.160/06, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/reports/90082.pdf.

Wesentlichen dasselbe Ziel, wie der von der Regierung Kazimierz Marcinkiewicz vorgestellte Energiepakt: die garantierte Solidarität der Staaten im Fall einer Gefährdung der Energiesicherheit. Der Unterschied besteht darin, dass die PO die Verantwortung für die Gewährleistung der Energieversorgung bei der Union ansiedelt, die mit entsprechenden Rechts- und Finanzinstrumenten ausgestattet sein müsste, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wie Bronisław Komorowski schreibt, „ist dies ein Vorschlag, der die Anstrengungen der Union zwecks Aufbau einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik fördert, wie auch ihre solidarische und geschlossene Haltung gegenüber Partnern und Lieferanten von außerhalb – hier vor allem gegenüber Russland“⁵⁶.

Im Schatten der Ostsee-Pipeline

Die Standpunkte Deutschlands und Polens in Bezug auf eine gemeinsame EU-Energiepolitik zeichnet eine unterschiedliche Akzentsetzung aus. Polen liegt an der Diversifizierung und an Garantien für die Energiesicherheit, Deutschland an einer größeren Effektivität der Energienutzung und an einem höheren Anteil erneuerbarer Energien. Beide Länder haben ein zurückhaltendes Verhältnis zu den Plänen einer weitgehenden Liberalisierung des Energiemarktes. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass nicht diese Meinungsverschiedenheiten heute das größte Problem darstellen. Wie ein Schatten legt sich über die deutsch-polnische Zusammenarbeit, und nicht nur im Bereich der Energie, das Projekt der Ostsee-Gaspipeline. Diese ist heute nicht nur der größte Streitpunkt, sondern auch die Hauptursache für die Vertrauenskrise zwischen Deutschland und Polen. Die Tatsache, dass es mit Warschau keinerlei Konsultationen über diese von der Bundesregierung unterstützte Investition gegeben hatte, die aber auch die polnischen Interessen belangt, wird von allen politischen Kräften in Polen einhellig kritisiert. Festgestellt wird, dass sich die Deklarationen über die deutsch-polnische Partnerschaft und die angebliche Nähe zwischen beiden Ländern nicht bestätigt, wenn mit Unterstützung der Bundesregierung gemeinsam mit Russland Interessen deutscher Energiekonzerne umgesetzt werden.

Zwar besteht die Wahrscheinlichkeit, dass diese Investition vor allem aus ökologischen Gründen nicht realisiert wird. Das gegenteilige Szenario erscheint jedoch noch realistischer und sollte zu Maßnahmen anregen, die die aus der Realisierung des Projekts resultierenden Verluste bzw. Schäden auf politischer, wirtschaftlicher und Sicherheitsebene minimalisieren. Die allererste Bedingung sollte die Anerkennung Deutschlands sein, dass die Angelegenheit der Ostsee-Pipeline keinen „ausschließlich technischen“ Charakter besitzt. Dies würde bedeuten, dem polnischen Standpunkt entgegenzukommen, was die Grundlage für eine Diskussion über konkrete Lösungsansätze für die Probleme wäre, die sich aus dieser Investition ergeben. Das wichtigste Problem ist dabei eindeutig die Angst Polens vor der Unterbrechung der Gaslieferungen über die Pipeline Jamal I nach Polen, denn die Durchleitung des Hauptstroms der Gaslieferungen nach Westeuropa über die Ostsee-Pipeline würde Moskau erlauben, Polen ohne das Risiko gleichzeitiger Interessenskonflikte mit den übrigen Empfängern im Westen abzukoppeln.

Für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen lautet in diesem Kontext die wichtigste Frage: Inwieweit ist Deutschland angesichts dieser Befürchtungen in der Lage, zur Verbesserung der Energiesicherheit Polens sowie zur Stärkung des polnischen Sicherheitsgefühls beizutragen? Eine ähnliche Frage kann man an die Adresse Polens richten: Kann Deutschland helfen und wenn, wie kann es bei der Lösung der Probleme der Energiesicherheit Polens helfen, unabhängig von der kritischen Bewertung der Ostsee-

⁵⁶ Bronisław Komorowski: Razem, gdy zakreca kurek. „Gazeta Wyborcza“ vom 22. Januar 2007.

Pipeline? Wie könnte eine Verständigung aussehen, die die schrittweise Entpolitisierung des Themas Ostsee-Pipeline bewirken würde? Zu diesem Ziel müsste ein Paket mit Lösungsansätzen führen, das zumindest einige der in der öffentlichen Debatte bereits aufgenommenen Optionen beinhaltet:

- *Festschreibung des Solidaritätsprinzips in Energiefragen in der EU-Verfassung*

Dies ist eine der wichtigsten polnischen Forderungen in der Debatte über den Verfassungsvertrag. Die Festschreibung dieses Grundsatzes müsste allerdings konkrete Verpflichtungen nach sich ziehen. Anders als im Fall der Bündnissolidarität in der NATO bedarf die Energiesolidarität (insbesondere beim Gas) einer Infrastruktur, Verbindungen zwischen den Leitungssystemen, den Lagern usw. Die Gewissheit, dass Polen im Fall einer durch Russland verschuldeten Energiekrise (z.B. Vertragsbruch als Sanktion für Schwierigkeiten in den politischen Beziehungen) mit Rohstofflieferungen aus Westeuropa (hauptsächlich Deutschland) rechnen kann, würde seine Sicherheit wesentlich verbessern, sogar unter der Annahme, dass die Ostsee-Pipeline entsteht. Eine starke politische Unterstützung Deutschlands für ein solches Postulat wäre ein wichtiges Signal für Polen. Die tatsächliche Umsetzung hängt dabei in hohem Maße von Folgendem ab:

- *Ausbau der Verbindungen zwischen den polnischen und deutschen (europäischen) Gaspipelines*

Ein solcher Lösungsansatz könnte den Grundsatz der Energiesolidarität ergänzen oder auch Teil bilateraler Abkommen sein. Eine Kompromissfindung in dieser Frage könnte Polen langfristig Energiesicherheit garantieren, wäre es doch in das System europäischer Gaspipelines eingebunden⁵⁷. Im Krisenfall würde dies dann die Versorgung mit Gas aus dem Leitungsnetz Westeuropas erlauben, und zwar unabhängig von der ursprünglichen Herkunftsquelle. Die Idee der Anbindung Polens an das deutsche Gasleitungsnetz durch den Bau eines Anschlusses im Norden des Landes tauchte bereits vor einigen Jahren in Form des Gaspipeline-Projekts Bernau-Stettin auf, über die jährlich ca. 2 Mrd. m³ Gas nach Polen transportiert werden sollten⁵⁸. Das Projekt wurde bislang jedoch noch nicht verwirklicht. Eins der Argumente gegen den Bau dieses Abschnitts (30 km auf polnischer Seite) war die fehlende Garantie, dass kein russisches Gas fließen wird (der Investor erklärte, es werde Gas aus Norwegen sein). Ein anderes Gegenargument war der hohe Preis des aus Deutschland kommenden Gases, was auch heute als größtes Manko dieses Lösungsansatzes angeführt wird. Laut Presseberichten unterbreitete Deutschland auch in den letzten Jahren Vorschläge für die Realisierung des Ausbaus von Anschlussstellen zwischen den Leitungssystemen, doch wurden diese aus den genannten Gründen von Polen nicht aufgegriffen⁵⁹. Die Diversifizierungsstrategie der derzeitigen Regierung beruht nämlich auf dem Bau einer Pipeline, die Polen direkt mit der Versorgungsquelle (Norwegen) verbinden würde, sowie eines Gasterminals für den Import von Flüssiggas (LNG) nach Polen. Trotzdem ist nicht sicher, ob die geplanten Investitionen gelingen werden. Das Abkommen mit Norwegen wurde noch nicht unterzeichnet, und es bestehen große Zweifel, ob Norwegen überhaupt daran interessiert ist. Flüssiggaslieferungen sind hingegen insofern nicht gewährleistet, als auf diesem Markt enorme Konkurrenz herrscht und die LNG-Preise sehr hoch sind⁶⁰. Die Option, die Gas- und Stromverbindungen auszubauen kann daher wieder realer werden. Auch die Vereinigten Staaten suggerieren

57 Antoni Podolski: Jak skorzystać z bałtyckiej rury. „Gazeta Wyborcza“ vom 11. Januar 2007.

58 „Rzeczpospolita“ vom 21. Oktober 2006.

59 Andreas Rinke: Polen schlägt deutsche Hilfe bei Gasversorgung aus. „Handelsblatt“ vom 15. Februar 2007.

60 Czy skroplony gaz dopłynie do terminalu w Świnoujściu. „Gazeta Wyborcza“ vom 28. Februar 2007.

Polen diese Lösung⁶¹. Für die Rückkehr zur Option der Gaspipeline Bernau-Stettin sprechen sich die Politiker der oppositionellen *PO* aus⁶².

- *Umkehr der Transportrichtung der Jamal I-Gaspipeline*

Die Gasversorgung aus Deutschland nach Polen über die bereits existierende Jamal I-Pipeline wäre eine weitere Möglichkeit, Polen im Krisenfall Lieferungen zu garantieren⁶³. Bislang strömt das Gas von Ost nach West. Im Falle einer Lieferunterbrechung aus Russland könnte Polen dann über denselben Weg mit Gasimporten aus Deutschland versorgt werden. Die Umsetzung dieses Projekts würde Investitionen und den Umbau der Druckpumpen an der deutsch-polnischen Grenze erforderlich machen, was ohne die Kooperation mit Gazprom nicht möglich ist. Die Klärung der Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens von Polen und Deutschland in dieser Angelegenheit liegt im Interesse beider Seiten.

- *Jamal II*

Der Bau der Ostsee-Pipeline ist heute die Alternative zum Bau der zweiten Streckenlinie der Jamal-Pipeline, die laut Abkommen aus dem Jahr 1993 durch Polen verlaufen und Gas nach Westeuropa bringen sollte. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass bei einem Anstieg der Nachfrage in Europa nach Gas und einer Steigerung der Fördermenge in Russland weitere Lieferstrecken notwendig werden. Aktuelle Schätzungen des Gasverbrauchs in den nächsten Jahrzehnten fallen nicht eindeutig aus. Das fehlende Interesse deutscher Konzerne am Bau der weitaus kostengünstigeren und in ökologischer Hinsicht sichereren Gaspipeline Jamal II wird in Polen als weiterer Beweis für das Nachgeben gegenüber Russland auf Kosten existenzieller polnischer Interessen angesehen.

Beim Abwägen der einzelnen Optionen gilt es, sich daran zu erinnern, dass im Bereich der Energie der Handelsspielraum der Regierungen begrenzt ist. Strategische Entscheidungen über Investitionen werden von Konzernen getroffen, die sich vor allem nach ökonomischen Grundsätzen richten und nicht nach politischen. Wie das Beispiel der Ostsee-Pipeline jedoch zeigt, haben eine freundschaftliche politische Atmosphäre und die Unterstützung durch politische Vertreter wesentliche Bedeutung – insbesondere in den Kontakten zu Russland. Deshalb ist es erforderlich, den Energiedialog zwischen Deutschland und Polen zu intensivieren (es gibt bereits eine Arbeitsgruppe) und die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten zu Gunsten der gemeinsamen Sicherheit auszuloten. Insbesondere die Debatte über die Europäische Verfassung und das polnische Postulat der Energiesolidarität schaffen den Raum für politische Entscheidungen. Eine eventuelle Verständigung in dieser Angelegenheit hätte sehr große Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Deutschland und Polen.

Die Ostpolitik

Eine neue Ostpolitik?

Die Idee einer „neuen Ostpolitik“ der EU, die Mitte 2006 in der öffentlichen Diskussion auftauchte und eine der Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist, verbindet sich

61 „Rzeczpospolita“ vom 16. Februar 2007.

62 Andrzej Szejnfeld: Trója minus na zachęę. „Nowy Przemysł“, 3/2006; siehe auch: Jan Rokita: Polska i nowe niemieckie mocarstw., „Europa. Tygodnik idei“, nr 6 (149), 10. Februar 2007.

63 Einen solchen Vorschlag enthält u.a. der Bericht, der im Auftrag des Büros für Nationale Sicherheit der Präsidentenkanzlei angefertigt wurde: Bezpieczeństwo energetyczne Polski – Raport. „Bezpieczeństwo narodowe“. Nr. 1/2006.

mit der skeptischen Einstellung Berlins gegenüber einer nächsten EU-Erweiterung sowie mit den Ereignissen jenseits der EU-Ostgrenze, als da wären die demokratischen Revolutionen in der Ukraine und in Georgien. Indem es weitere Beitritte zur Union in absehbarer Zeit nicht unterstützt (mit Ausnahme der Balkan-Staaten), versucht Deutschland, eine Antwort auf die europäischen Bestrebungen der östlichen Nachbarn der EU zu finden. Dies erklärt das wachsende deutsche Engagement beim Aufbau der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die aus seiner Sicht – in einer Situation, da sich die Erweiterungspolitik erschöpft hat – ein Mittel zur Stabilisierung der EU-Grenzregionen ist. „Da wir nicht alle, die Mitglied werden wollen, aufnehmen können, werden wir die Nachbarschaftspolitik weiterentwickeln“, sagte Angela Merkel im Mai 2006⁶⁴. „Wir brauchen sozusagen einen Zustand, eine Gemeinschaft, eine Gemeinsamkeit, die mehr als das bloße Nachbarsein mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union und trotzdem nicht die volle Vollmitgliedschaft ist“, definierte die Kanzlerin die Position Deutschlands bei anderer Gelegenheit⁶⁵. Die ENP als eins der Instrumente der neuen Ostpolitik ist demnach im deutschen Konzept eine Alternative zum vorerst aufgehobenen Erweiterungsprozess.

Das deutsche Konzept der neuen Ostpolitik stützt sich auf drei Säulen, die, wie Regierungsvertreter betonen, als eine Einheit behandelt werden sollten und nicht als in Konkurrenz zueinander stehende Elemente.

Die erste Säule ist die Politik gegenüber Russland, die auf der Überzeugung beruht, dass besonders in der heutigen Situation, da sich Russland zum Negativen entwickelt, die Stärkung seiner Verbindungen zu Europa die Hauptaufgabe ist. Nach Auffassung Deutschlands ist nur Europa (die Europäische Union) in der Lage (falls dies überhaupt möglich sein sollte), Einfluss auf den Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess in Russland zu nehmen. Dies kann dann aber einzig und allein durch Zusammenarbeit geschehen und nicht durch Abgrenzung. „Wandel durch Verflechtung“ wird als erstrebenswertes Ziel der europäischen Politik angesehen. Daher soll eine der Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft die Ausarbeitung eines neuen Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Russland (Partnership and Cooperation Agreement - PCA II) sein, das dem Zustand der gegenwärtigen Beziehungen stärker entspricht und außerdem Beschlüsse enthält, die die Zusammenarbeit mit Russland in Schlüsselbereichen erleichtert (vor allem geht es um die Einbindung zumindest eines Teils der Vorgaben der Energie-Charta in die PCA, für den Fall, dass die russische Föderation deren Unterzeichnung sowie die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu den Transitstaaten ablehnt). Die Stärkung der Energiepartnerschaft und die Erwägung der Einrichtung einer Freihandelszone mit Russland sind Schlüsselemente dieses Konzepts. Ein weiterer Bestandteil ist die erwähnte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, einstweilen auf der Ebene von Friedensmissionen, künftig vielleicht auch auf der Ebene von Kriegseinsätzen. Eine engere Zusammenarbeit schließt den Dialog über gemeinsame Werte nicht aus, aber in dieser Frage lässt sich Deutschland von Realismus leiten und erklärt öffentlich, dass die Errichtung einer Wertegemeinschaft durch Kooperation in den Einzelsektoren erfolgen könne, die im Interesse beider Seiten liegt – Russlands und der Europäischen Union.

Die zweite Säule der „neuen Ostpolitik“, „ENP plus“, ist innovativer. Deutschland geht von der Annahme aus, dass der Ausbau der Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik in gewissem Maße auch die Verschiedenheit der Adressaten dieser Politik berücksichtigen muss. Die gegenwärtige Situation, in der die Mechanismen der ENP auf Länder wie die

64 Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag, 11.05.2006.

65 Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Eröffnung des Internationalen Bertelsmann Forums,

„Die Zukunft der Europäischen Union“ am 22. September 2006 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 90-1 vom 24. September 2006.

Ukraine, Marokko, Israel oder Algerien in ähnlicher Weise angewendet werden, wird in Berlin kritisch bewertet. Die Notwendigkeit, die Spezifik dieser Länder (insbesondere in Hinblick auf ihre Politik und ihre Ambitionen in Richtung EU) stärker zu berücksichtigen, spiegelt sich in der Sprache der deutschen Diplomatie wider. Sichtbar ist dies vor allem in der Differenzierung „europäische Nachbarn“ (die Länder Osteuropas) und „Nachbarn Europas“ (die übrigen Länder). Den Ländern Osteuropas und des Südkaukasus möchte Deutschland ein Projektpaket anbieten, das über den bisherigen Rahmen der ENP hinaus geht – und genau dies soll die zweite Säule der neuen Ostpolitik sein. Die „Partnerschaft für Modernisierung und Stabilisierung“ würde bedeuten, mit den „europäischen Nachbarn“ Abkommen zu schließen, die einzelne Sektoren der Zusammenarbeit in konkreten Bereichen betreffen, was zu einer immer stärkeren Beteiligung dieser Länder am gemeinsamen Markt führen würde. Den Ländern dieser Region sollen auch zusätzliche Finanzhilfen, die politische Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (in Form der Möglichkeit, sich Deklarationen und Stellungnahmen der EU anzuschließen) sowie ein institutionalisierter politischer Dialog angeboten werden. Ein wichtiges Element ist darüber hinaus der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit in diesem Gebiet mit Hilfe der EU nach dem Muster der „nördlichen EU-Ausdehnung“.

Das dritte Element der „neuen Ostpolitik“ betrifft Zentralasien. Deutschland beabsichtigt die Ausarbeitung einer europäischen Strategie für diese Region, die Bestandteil der gemeinsamen EU-Außenpolitik sein soll. Diese Strategie soll Mechanismen für das kohärente Handeln der EU in Fragen betreffen, die aus ihrer Sicht Schlüsselbedeutung für diese Region haben: innere Sicherheit, regionale Zusammenarbeit, Energie, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Mit Blick auf die Unterschiede in dieser Region stellt die Verabschiedung solch einer Strategie ein ehrgeiziges Ziel dar. Das Interesse an Zentralasien, das seinen Ausdruck auch in der mehrtägigen Reise von Außenminister Steinmeier im Herbst 2006 in diese Region fand, steht für die Horizonterweiterung der deutschen Ostpolitik.

Die europäische Nachbarschaftspolitik und das Prinzip der offenen Tür

Die Diskussion über die Europäische Nachbarschaftspolitik betrifft im Wesentlichen ein bedeutend gewichtigeres Problem, nämlich das der Zukunft der EU-Erweiterungspolitik und der EU-Außengrenzen. Wie bereits erwähnt, wird die ENP in Deutschland als Alternative zu diesem Prozess gesehen, was sich aus der Überzeugung ergibt, dass eine neuerliche EU-Erweiterung in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird. Die Frage der Kapazität der EU, neue Mitglieder aufzunehmen (notabene eines der so genannten Kopenhager Erweiterungskriterien), und die Effektivität der EU-Strukturen spielen in dieser Argumentation eine zentrale Rolle. Nicht die Erweiterung, sondern die innere Konsolidierung der EU sowie die Stabilisierung nach außen sind die Prioritäten der deutschen Politik.

Polen vertritt hierzu eine andere Meinung. Die nicht erfolgte Ratifizierung des Verfassungsvertrages oder Haushaltsprobleme sind nach Ansicht der Regierung und der Opposition kein ausreichendes Argument, die Erweiterungspolitik aufzugeben, die als wirksamstes außenpolitisches Instrument der EU betrachtet wird. Dies bedeutet nicht, dass sich Polen in absehbarer Zukunft für die Forcierung des Beitritts konkreter Staaten zur EU ausspricht. Es geht eher darum, nicht auf die politische Botschaft zu verzichten, die Europäische Union sei ein offenes Gebilde.

Eben der Grundsatz der „offenen EU“ ist die Hauptmaxime, mit deren Hilfe sich die polnische Position in der Erweiterungsfrage zusammenfassen lässt. Das Postulat, die geografischen Grenzen der EU festzulegen oder auch die Formulierung eines Konzepts, nach dem langfristig gesehen Erweiterungen ausgeschlossen werden sollen, stoßen auf

Ablehnung⁶⁶. Dies gilt auch in der Frage der Mitgliedschaft der Türkei in der EU, deren erklärter Befürworter Polen ist⁶⁷. Nach Meinung des polnischen Premiers ist die Europäische Union „eine Sphäre der Freiheit, der Demokratie und des Rechts“, die es zu erweitern gilt. Darauf beruht seiner Bewertung nach „die Formel der europäischen Identität, die man als Mission auffassen kann“⁶⁸.

In Übereinstimmung mit dieser Einstellung sollte die ENP nicht als Alternative für die EU-Mitgliedschaft von Staaten behandelt werden, an die diese Politik adressiert ist⁶⁹. Die Tatsache, dass die ENP für diese Länder keine Beitrittsperspektive vorsieht, wird als schwerwiegende Schwäche betrachtet und ist Gegenstand der polnischen Kritik. Gemäß dieser Bewertung ist die ENP kein ausreichend couragiertes Projekt. Indem sie auf den Anreiz in Form der Mitgliedschaft verzichtet, gibt sie den „europäischen Nachbarn“ nicht ausreichend viele Impulse zur Modernisierung und zu Reformen. Der zweite Grund, weswegen Polen mit den ENP-Mechanismen nicht völlig zufrieden ist, ähnlich wie auch Deutschland, ist die Tatsache, dass die ENP sich mit ihrem Wirkungsbereich auf viele Länder erstreckt, die sich in ihrem Entwicklungsstand und vor allem in ihren Bestrebungen hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft voneinander unterscheiden. Noch als Kandidat für den EU-Beitritt ist Polen 2003 mit der Initiative hervorgetreten, eine so genannte östliche Dimension der EU auszurufen, das ist ein Paket mit gerade an die östlichen EU-Nachbarn gerichteten Vorschlägen. Dieser Vorschlag, der die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine stark betont hatte, wurde damals auf EU-Ebene nicht angenommen. Letzten Endes ist der Gegenstand der polnischen Kritik das Ungleichgewicht zwischen der östlichen und südlichen ENP-Richtung, die zur Privilegierung der Mittelmeerländer auf Kosten der de facto Europa näheren östlichen Nachbarn führt. Dies findet in der Allokation der Finanzmittel der EU seinen Ausdruck. Bisher hatte man wesentlich größere Mittel für die Mittelmeerregion bereit gestellt; diese Länder bekamen in den Jahren 2000-2003 im Rahmen des MEDA-Programms 2,4 Mrd. Euro und 41 Mio. Euro von der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte, während Osteuropa lediglich – entsprechend – 1,33 Mrd. (TACIS) und 19 Mio. Euro bekam⁷⁰.

Die neue Finanzperspektive für die Jahre 2007-2013 behält die weitgehende Unzulänglichkeit hinsichtlich des Gleichgewichts der Allokation der EU-Mittel bei. Die 11 Milliarden Euro, die für die Östliche Dimension der ENP eingeräumt wurden, werden aus verschiedenen Gründen für höchst unzureichend gehalten. Angesichts der unsicheren Lage in der Ukraine ist es notwendig, die Fähigkeit der EU, zahlreiche und gewiss teure Projekte zu realisieren, unter Beweis zu stellen. Diese würden von der breiten ukrainischen Öffentlichkeit als ein Beweis wirksamer und nützlicher Hilfe anerkannt, was den proeuropäischen Kurs in Kiew verstärken kann. Von diesen Mitteln sollte aber auch die dank der hohen Einkünfte aus dem Erdöl- und Gasgeschäft wohlhabende Russische Föderation profitieren. Die Finanzierung von Projekten in Russland abzulehnen, wäre aus politischen Gründen zu riskant; auch würde sich Deutschland dem mit Sicherheit widersetzen, weil es sich auf eine möglichst enge

66 Rede des Premiers Jarosław Kaczyńskis auf dem Wirtschaftsforum in Krynica, 06.09.2006, www.kprm.gov.pl/060906wyst.html.

67 Im Januar 2007 gab Präsident Lech Kaczyński während seines Türkei-Besuchs eine solche Erklärung ab. Vgl. Polska za wejściem Turcji do UE, www.euro.pap.com.pl, 23. Januar 2007.

68 Rede des Premiers Jarosław Kaczyńskis auf dem Wirtschaftsforum in Krynica, 06.09.2006, www.kprm.gov.pl/060906wyst.html.

69 Mehr zur polnischen Politik gegenüber der ENP: Piotr Buras, Karolina Pomorska, Poland and the European Neighbourhood Policy, Foreign Policy in Dialogue, Newsletter vol. 6, no. 19, Trier, Germany, 27 July 2006, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue19.pdf>.

70 Andrzej Cieszkowski: Polityka Unii Europejskiej wobec wschodnich sąsiadów - wkład Polski. "Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej", 2004.

Zusammenarbeit eingestellt hat. Dies wird jedoch mit Sicherheit bedeuten, dass ausreichende Mittel fehlen werden, mit denen die EU in der relativ kurzen Zeit von einigen Jahren den Modernisierungsprozess in der Ukraine und einer Reihe anderer Staaten, die in die ENP-Politik miteinbezogen werden, wirksam beeinflussen könnte, was aus polnischer Sicht Priorität haben sollte.

Polen verzichtet also nicht auf das Postulat der Eröffnung der „östlichen Dimension“ der EU, die auf bessere Weise als bisher im Rahmen der ENP den Erwartungen der östlichen Partner entsprechen würde. Ziel wäre die allmähliche wirtschaftliche Integration dieser Länder in den gemeinsamen europäischen Markt, die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit und die Unterstützung der Modernisierungsprozesse. All dies ist natürlich auch Inhalt der ENP, aber eine neue Herangehensweise müsste eine individuellere Behandlung der einzelnen Länder bedeuten, die Einbeziehung von Teilen des Freihandelsabkommens in die Zusammenarbeit sowie auch Änderungen in den Finanzierungsprinzipien der ENP. Vor allem die Anwendung des demographischen Kriteriums bei der Allokation der Mittel würde zu einer stärkeren Unterstützung der östlichen Nachbarn als bisher führen. Russland wird von Warschau nicht als Teil der ENP-Politik betrachtet, und dies umso mehr, als Moskau selbst seinen fehlenden Willen zur Zusammenarbeit in diesem institutionellen Kontext erklärt hatte.

Die Ukraine

Zweifellos hat die Ukraine die eindeutige Priorität in der polnischen Ost- und Nachbarschaftspolitik. Polen hat die Schlüsselrolle beim Krisenmanagement während der Orangen Revolution in der Ukraine gespielt, und sein Engagement dort war das Ergebnis der Überzeugung, dass eine unabhängige und stabile Ukraine einer der Pfeiler der polnischen Staatsraison ist. „Das Prinzip der offenen Tür“ und die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft der Türkei [sic!] gründen sich auf die Einstellung, dass die Ukraine ein europäisches Land ist und zu angemessener Zeit – nach Erfüllung der von der EU geforderten Kriterien – Mitglied werden sollte. Das Verhältnis zur Ukraine ist auch ein Test für das europäische Solidaritätsprinzip, dessen Einhaltung von Polen konsequent gefordert wird. „Es hat für Polen sicher eine Schlüsselbedeutung, dass sich die Ukraine möglichst schnell mit der EU verbindet. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Struktur- oder Kohäsionsfonds kein Fass ohne Boden sind, und dass mit der nächsten EU-Erweiterung ungefähr die gleiche Geldmenge auf mehr Berechtigte verteilt werden muss. Das bedeutet, dass diejenigen, die heute von der Integration profitieren, zu denen auch Polen zählt, in Zukunft ein bisschen zu Gunsten der neuen, ärmeren EU-Mitglieder verlieren werden. Wir wissen aber, dass man in dieser Frage keine egoistische Haltung einnehmen, und - wenn wir schon in der Union sind - anderen Ländern diese Möglichkeit nicht verweigern darf, indem man sich nach seinen eigenen eng ausgerichteten Interessen richtet. Das wäre geradezu ein klassisches Beispiel für eine unsolidarische Haltung“⁷¹. Die Perspektive der Mitgliedschaft für die Türkei kann dabei insofern helfen, als dies die Bedeutung der Argumente gegen eine übermäßige Erweiterung der EU bzw. gegen den Beitritt derjenigen Länder nivelliert, deren „europäische Identität“ zweifelhaft ist.

Während die EU-Mitgliedschaft der Ukraine, auch aus polnischer Perspektive, eine Frage der fernereren Zukunft ist, ist die Verhandlung und Ausarbeitung eines neuen Abkommens über die Zusammenarbeit mit der Ukraine eine näher liegende Aufgabe, weil das z.Zt. geltende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) 2008 erlischt. Im Januar 2007 hat der Europarat das Mandat der Europäischen Kommission zu Verhandlungen mit der Ukraine

71 Lech Kaczyński: Solidarność dla Europy. „Dziennik”, 28. April 2006.

angenommen. Ein neues Abkommen der EU mit der Ukraine hat für Polen Priorität, ist dies doch die Gelegenheit, einige Grundsätze der polnischen Ostpolitik auf europäischer Ebene zu verwirklichen.

Erstens: Polen beharrt auf dem Prinzip der offenen Tür. „Jedes Land, das bestimmte Kriterien erfüllt, in Europa liegt, im Kreise der europäischen Kultur funktioniert, sich um den Beitritt bewirbt, kann schließlich EU-Mitglied werden“⁷². Die Aufgeschlossenheit der Union soll bewirken, dass Modernisierungsaktivitäten, u.a. gerade in der Ukraine, Sinn machen, weil die betreffenden Politiker und die Gesellschaft wissen, dass die Belohnung für den schwierigen Transformationsprozess die EU-Mitgliedschaft sein wird. Das Prinzip der offenen Tür ist auch unerlässlich, um die Glaubwürdigkeit der Politik der EU gegenüber den östlichen Nachbarn zu wahren. Nach dem bisher erfahrenen Widerstand unter den EU-Ländern gegen eine offizielle Bestätigung der Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine hat Polen seine Erwartungen reduziert. Gegenwärtig fordert es lediglich, dass sich das neue Abkommen mit der Ukraine auf den EU-Vertrag beruft, der sich für Offenheit anderen europäischen Ländern gegenüber ausspricht. Eine andere Lösung, die die europäischen Bestrebungen der Ukraine betonen würde, wäre, dem neuen Dokument eine unilaterale (unverbindliche) politische Erklärung Kiews zu dieser Angelegenheit beizufügen.

Zweitens: Polen will, dass die Ukraine als strategischer Partner der EU anerkannt wird und möchte die politische Zusammenarbeit sowie Kooperation in Fragen der Sicherheit. Ein wichtiges Postulat ist, wie bereits erwähnt, in das neue Abkommen einen Beschluss zur Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiesicherheit aufzunehmen.

Drittens: Polen vertritt die Meinung, dass die Ukraine im Kontakt zur EU einen entsprechenden formalen Status erhalten sollte. Das derzeit geltende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA), das 2008 erlischt, soll durch eine Assoziierungsvereinbarung ersetzt werden⁷³. Bisher ist jedoch lediglich über ein „verstärktes Abkommen“ (enhanced treaty) mit der Ukraine die Rede, was nach polnischer Auffassung unzureichend ist.

Viertens: Polen legt darüber hinaus Wert auf die Einbindung der Ukraine in die Freihandelszone (nach ihrem Beitritt in die WHO) als Teil des neuen Abkommens. Zugeständnisse der EU sollten möglichst weit reichen und sich nicht nur auf den Bereich des freien Warenverkehrs beschränken, sondern auch allmählich den freien Verkehr von Kapital und Dienstleistungen sowie eine kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes für die Ukrainer zulassen.

Fünftens: Polen plädiert für möglichst weit gehende Erleichterungen in der Visapolitik für ukrainische Staatsbürger unter der Voraussetzung, dass die Visumpflicht langfristig vollständig abgeschafft wird. Möglichst schnell sollten Visaerleichterungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Kinder, Studierende, Journalisten, Rentner usw.) eingeführt werden. Verstärkt werden sollte auch die Zusammenarbeit mit Kiew in innenpolitischen Angelegenheiten und in der Justiz.

Russland

Anders als im Fall der EU-Politik gegenüber der Ukraine hat Polen keine einheitliche Position hinsichtlich des Verhältnisses der EU zu Russland, obwohl dieses Problem zugleich für eins

72 Uchylmy drzwi dla Ukrainy. Rozmowa z wiceministrem spraw zagranicznych Pawłem Kowalem, „Gazeta Wyborcza“ vom 8. November 2006.

73 Vgl. Referat der Außenministerin Anna Fotyga auf der Konferenz „EU foreign policy agenda 2006-2010“ in Natolin, 19. Mai 2006, www.msz.gov.pl.

der wichtigsten aus Sicht der polnischen Staatsraison betrachtet wird. Die Zurückhaltung bei der Formulierung weitgreifender Konzepte in Bezug auf Russland spiegelt die Prioritätenhierarchie in der polnischen Ostpolitik wider, die sich auf den Grundsatz „Ukraine first“ stützt. Sie kann auch aus der Skepsis resultieren, was die Möglichkeiten der EU anbelangt, die Situation in Russland (im Unterschied zu der Ukraine) zu beeinflussen, sowie aus der Tatsache, dass der Einfluss Polens auf die europäische Politik gegenüber Moskau angesichts der strategischen Zusammenarbeit zwischen Russland, Deutschland und Frankreich begrenzt ist. Im Endeffekt also hat die polnische Politik Russland gegenüber auf europäischer Ebene einen defensiven Charakter, d.h. sie versucht v.a., wie im Fall des russischen Embargos auf Fleischimporte aus Polen oder im Fall der Ostseepipeline, die negativen Folgen der russischen Politik zu begrenzen. In gewisser Weise ist sie auch die Kehrseite der Medaille bzw. ein Nebeneffekt der Politik gegenüber der Ukraine. Die Priorität der polnischen Ostpolitik, die Unabhängigkeit Kiews zu unterstützen, äußert sich in Spannungen in den Beziehungen zu Moskau, was Polen wiederum wirksames Lobbying für seine Forderungen an die EU-Politik gegenüber Russland nicht erleichtert.

Nichtsdestoweniger lohnt es sich, auf einige wesentliche Elemente hinzuweisen, welche die polnische Position in der EU-Politik gegenüber Russland ausmachen.

Erstens: Polen – d.h. sowohl die gegenwärtige Regierung und die Opposition als auch die breite Öffentlichkeit – wünscht sich bestmögliche Beziehungen mit der Russischen Föderation, mit einem freundlichen, kooperierenden Russland, das seine Nachbarn nicht bedroht.

Zweitens: Ähnlich wie im Fall der Debatte über die Verfassung und die Energiepolitik, betont Polen die Bedeutung des Solidaritätsprinzips für die EU-Staaten. Das ist der Hintergrund des polnischen Vetos gegen die Beauftragung der Europäischen Kommission mit dem Mandat, die Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland aufzunehmen. Polen erhebt keinen Einspruch gegen die Idee dieses Abkommens selbst. Seine unnachgiebige Haltung sollte dazu führen, solidarisches Verhalten bei den Partnern in einer Sache zu erzwingen, bei der Polen von Russland Schaden zugefügt wird. Polen ist der Meinung, dass, bevor Verhandlungen über ein neues Abkommen aufgenommen werden, sich die europäischen Staaten gemeinsam dagegenstellen müssen, dass Moskau Regeln bricht, die nach der derzeitigen Vereinbarung längst gelten, und das ist v.a. das Prinzip, sämtliche EU-Länder gleich zu behandeln. Das russische Embargo für polnische Fleischprodukte war ein Beispiel für einen offenkundigen Prinzipienverstoß. Durch sein Veto beabsichtigt Polen, Einfluss auf den inneren Zusammenhalt der EU auszuüben.

Drittens: Polen widersetzt sich der rein pragmatischen Einstellung zu den Beziehungen mit Russland, nach der sich diese ausschließlich auf die Zusammenarbeit in Sachen Wirtschaft und Sicherheit konzentrieren sollen. Als notwendig wird erachtet, dass man Fragen der Demokratie, des Rechtsstaates und der Achtung der Menschenrechte anspricht und dass davon der Charakter einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der EU abhängen soll.

Viertens: Polen ist außerdem Befürworter eines unnachgiebigen Kurses gegenüber Russland, was die Einhaltung von mit der EU abgeschlossenen Verträgen und Vereinbarungen betrifft sowie das Prinzip der Gegenseitigkeit in Bezug auf eingegangene Verpflichtungen. Vor allem bezieht sich dies auf den für Polen so wichtigen Bereich der Energiekooperation. Die Notwendigkeit, dass Russland die Beschlüsse der Energiepartnerschaft befolgt und deren Einbeziehung in die neue Vereinbarung ist daher eine wichtige Forderung der polnischen Seite.

Fünftens: Polen begegnet der Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Sicherheitspolitik skeptisch, insbesondere im Bereich der Konfliktlösung auf dem Gebiet der ehemaligen

Sowjetunion. Russland ist nach polnischer Meinung vielmehr ein Teil des Problems selbst bzw. eine Seite des Konflikts, wie z.B. in Abchasien, Südossetien oder in Transnistrien. Insbesondere diese Haltung widerspricht, wie es scheint, der deutschen Herangehensweise, nach der es nicht möglich ist, ohne Russlands Beteiligung effektiv auf Gefährdungen der Sicherheit in den Gebieten der östlichen EU-Nachbarn zu reagieren.

Sechstens: Polen verweigert Russland – ungeachtet ähnlicher aus Erklärungen aus Berlin – das Recht zu entscheiden, welche der Staaten der ehemaligen UdSSR der EU oder der NATO beitreten. Für typisch hält Polen die scharfe Reaktion Moskaus auf das in Berlin verkündete Projekt einer EU-Strategie gegenüber Zentralasien. In Polen wird offen darauf aufmerksam gemacht, dass sich Russland den EU-Interessen in dieser strategisch wichtigen Region aktiv widersetzt.

Belarus

Belarus, mit dem die EU-Mitgliedstaaten seit 1998 keine diplomatischen Beziehungen auf hoher Ebene mehr unterhalten, fehlt in der europäischen und deutschen „neuen Ostpolitik“. Belarus ist darüber hinaus nicht in die ENP miteinbezogen. Der Boykott des autoritären Lukaschenko-Regimes wird auch von Polen unterstützt, aber in Hinblick auf die gemeinsame Grenze und die 400.000 Menschen zählende polnische Minderheit in Belarus (die von Lukaschenko verfolgt wird), ist dies eine besonders sensible Thema in der polnischen Außenpolitik. Polen hat deshalb bisher eine zweigleisige Politik gegenüber Minsk verfolgt, die einerseits das Regime boykottiert und andererseits Kontakte auf den unteren Verwaltungsebenen unterhält, die Bürgergesellschaft in Belarus unterstützt, im Bereich der Infrastruktur zusammenarbeitet usw.⁷⁴. Es besteht kein Zweifel, dass die Frage der EU-Politik gegenüber Belarus im Zusammenhang mit den Ereignissen dort und vor allem mit dem Konflikt zwischen Minsk und Moskau zu einem wichtigen Punkt auf der Agenda der europäischen Außenpolitik wird. Die wichtigste Frage betrifft die Zweckmäßigkeit einer weiteren Isolierung Lukaschenkos und die Möglichkeiten, einen Dialog mit ihm aufzunehmen, der zur Mäßigung des Regimes, zur Freilassung der politisch Gefangenen, zur Demokratisierung und zur Öffnung nach Westen führen soll. Gegen Gespräche mit Lukaschenko protestiert die belarussische Opposition, obgleich ihr Anführer, Aljaksandr Milinkewitsch, Lukaschenko letztens dazu aufrief, sich gemeinsam dem Druck Moskaus zu widersetzen, um die belarussische Souveränität zu wahren.

Obwohl Polen sich dem EU-Boykott von Minsk angeschlossen hat, betonte es stets, dass die Sanktionen gegen das Regime Lukaschenkos keine negativen Auswirkungen auf die belarussische Gesellschaft haben dürften⁷⁵. Deswegen wandte sich Polen (genauso wie Litauen und Lettland) gegen die Verhängung von Handelssanktionen gegenüber Belarus, mit denen die EU Minsk für die Fälschung der Wahlen im Dezember 2006 bestraft hatte. Die EU hat Belarus von der Liste der Staaten mit allgemeinen Zollpräferenzen gestrichen, was die Erhöhung der Zollgebühren für Holz und Textilien bedeutet, die zu den Hauptexportwaren gehören⁷⁶. Dagegen befürwortete Polen die Einführung breiter angelegter Sanktionen (Einreiseverbot in die EU) für Vertreter des Staatsapparats als die, die 2006 verhängt wurden.

Allerdings veranlassen das Fiasko der bisherigen EU-Politik gegenüber Belarus und die wachsenden Spannungen zwischen Lukaschenko und Putin polnische Politiker zum Überdenken der geltenden EU-Strategie. In Regierungskreisen werden Anregungen laut, dass

74 Vgl. Kai-Olaf Lang: Polen und der Osten. SWP-Aktuell 22, Mai 2005, S. 4. www.swp-berlin.org.

75 Jacek Pawlicki: Polski kłopot z Białorusią. „Gazeta Wyborcza” vom 26. April 2006.

76 Konrad Niklewicz: Unia karze Białoruś. „Gazeta Wyborcza” vom 21. Dezember 2006.

die EU über die Kontaktaufnahme mit dem belarussischen Diktator nachdenken sollte. Der Europaabgeordnete Konrad Szymański (*PiS*) sagte: „Das ist in der Tat eine höllische Wahl, aber mir scheint, dass Europa ein Signal geben sollte, dass es zu Gesprächen mit Lukaschenko bereit ist. Natürlich so, dass es nicht aussieht, als stürze es sich in die Arme des Diktators. Die Alternative wäre, der russischen Dominanz zuzustimmen“⁷⁷. Als Ausdruck von Versuchen, die Möglichkeiten für solche Gespräche zu sondieren, kann der Austausch des ehemaligen Staatssekretärs im Amt des polnischen Präsidenten, Andrzej Krawczyk, mit dem belarussischen Botschafter in Warschau gelten⁷⁸. Für eine Aufhebung der Isolierung Lukaschenkos, um auf diese Weise seinen Konflikt mit Russland auszunutzen, spricht sich auch der ehemalige Präsident Polens Aleksander Kwaśniewski aus⁷⁹.

Polen wird mit Sicherheit auf eine größere Aktivität der EU in Sachen Belarus drängen. Einen wesentlichen Einfluss auf die polnische Einstellung hat die Politik Russlands, das den Einschätzungen der polnischen Diplomatie nach mit dem Westen ein Spiel um Belarus führt und zu beweisen versucht, dass gerade Russland der beste Verbündete der EU bei der Einführung der Demokratie in Belarus sei. Polen weist diese Sicht jedoch entschieden zurück. In dem Dilemma, für die Gesprächsaufnahme der EU mit Lukaschenko zu sein oder mit der Beteiligung des Kreml an der Demokratisierung Belarus' einverstanden zu sein, steht Polen der ersten Option näher⁸⁰. Voraussetzung ist dabei jedoch auch die gleichberechtigte Behandlung der belarussischen Opposition, über deren Köpfe keine Entscheidungen getroffen werden dürfen.

Gemeinsam gegenüber dem Osten?

Das Haupthindernis in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn der EU ist ein grundsätzlicher Meinungsunterschied in der Frage des Verhältnisses zu Russland. Anspielungen auf das „neue Rapallo“ oder „Ribbentrop-Molotow Abkommen“, die gelegentlich in der polnischen öffentlichen Debatte auftreten, verwischen in Wirklichkeit das Wesen dieses Problems. Es besteht heute keine Gefahr, dass sich die Geschichte wiederholen könnte, und im Gegensatz dazu, was diese Analogien suggerieren, haben die Schwierigkeiten, eine gemeinsame Wellenlänge zu finden mehr mit der Zukunft als mit der Vergangenheit gemein. Mit einigen bedeutenden Ausnahmen (siehe den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder) herrscht sowohl in Deutschland als auch in Polen Skepsis gegenüber der Richtung, in die sich Russland bewegt. Die Schlüsse, die aus dieser Bewertung gezogen werden, sind dagegen unterschiedlich.

In Deutschland wird das Argument, die beste - wenn nicht sogar einzige - Art und Weise Russland zu beeinflussen sei die Zusammenarbeit, von einem großen Teil sogar sehr russlandkritischer Beobachter geteilt. Diese auf Konsens ausgerichtete Einstellung geht davon aus, dass nur weiche Druckmittel, institutionelle, rechtliche und finanzielle Beziehungen, Dialog und gemeinsame Problemlösung im Stande sind - wenn dies überhaupt möglich ist - Moskau zu einem dem Westen angenäherten Kurs zu bewegen. Für Deutschland ist Russland also vor allem Partner (manchmal auch vorsorglich als „strategischer Partner“ bezeichnet) und kein Konkurrent. Diese Betrachtungsweise ergibt sich in einem hohen Maß aus der starken Stellung Deutschlands in Europa und aus der Tatsache, dass gerade Berlin die erste Adresse in der Europäischen Union ist, an die Russland seine Postulate und Dialogvorschläge richtet. Die

77 Jacek Pawlicki: Pakt z diabłem w imię wolnej Białorusi. „Gazeta Wyborcza” vom 31. Januar 2007.

78 Jacek Pawlicki: Ostatnia misja Andrzeja Krawczyka. „Gazeta Wyborcza” vom 8. Februar 2006.

79 Jacek Pawlicki: Kwaśniewski: Przerwać izolację Białorusi. www.gazeta.pl, 5. Dezember 2006.

80 Siehe dazu: Jacek Pawlicki: Pakt z diabłem w imię wolnej Białorusi. „Gazeta Wyborcza” vom 31. Januar 2007.

Zusammenarbeit mit Russland ist bei der Lösung internationaler Probleme notwendig. In den letzten Jahren spielt die deutsche Diplomatie eine zunehmend aktive Rolle auf der globalen Bühne (Iran, Balkan, Naher Osten), und diese Erfahrung verfestigt die Wahrnehmung von Russland als einem wichtigen globalen Akteur, mit dem man sich verständigen sollte.

Eine solche Situation ist im Fall Polens natürlich nicht gegeben, dessen geopolitische Perspektive stark von der Energiesicherheit sowie von dem mit verschiedenen Mitteln ausgeübten Druck Moskaus auf fast alle Staaten in Osteuropa geprägt ist. Während Deutschland Russland durch das Prisma der „großen Politik“ und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit betrachtet, richtet Polen seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Politik Moskaus gegenüber seinen Nachbarn, den ehemaligen Mitgliedern der UdSSR.

Die polnisch-deutsche Asymmetrie wird also in den Beziehungen zu Russland deutlich sichtbar: Deutschland ist für Russland der Schlüsselpartner in der Wirtschaft und bis zu einem gewissen Grad auch in der Politik, Polen dagegen ein kleines Land ohne größere Bedeutung, das mit seinem Engagement für eine unabhängige Ukraine Probleme bereitet. Diese Unterschiede haben einen strukturellen Charakter, und es ist nicht zu erwarten, dass sie schnell überwunden werden können. Jedoch gerade in der Frage der EU-Politik gegenüber Russland ist ein Minimum an Verständigung zwischen Polen und Deutschland notwendig, weil diese beiden Staaten die entgegengesetzten Pole in der Haltung zu Russland bilden, indem sie beide Russland als eins der wichtigsten Kapitel ihrer Außenpolitik betrachten. Damit markieren beide Länder die Randbedingungen für einen Kompromiss in der EU-Politik gegenüber Russland.

Leichter wird es sein, sich über die EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn zu verständigen, obgleich sich das Thema Russland auch hier als eine Quelle von Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen erweisen kann. Im Besonderen betrifft dies das russische Engagement bei der Lösung von Konflikten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. In Deutschland ist oft zu hören, dass die „eingefrorenen“ Konflikte in Südossetien, Abchasien oder Transnistrien ohne Zusammenarbeit mit Russland weiter bestehen werden. Polen sieht die Notwendigkeit eines starken Engagements seitens der EU in dieser Region, betrachtet Russland aber eher als eine der Konfliktparteien und nicht als Partner bei deren Lösung. Die Frage einer eventuellen Entsendung europäischer Militärkräfte in diese Regionen, was Polen als eine der Methoden zur Errichtung der Rechtsstaates befürwortet, resultiert in Fragen nach dem Verhältnis und der Stellung Russlands zu diesen Operationen. Kann eine immer engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland im Bereich der Sicherheit und Verteidigung auch gemeinsame Militäroperationen auf den genannten Gebieten bedeuten? Ohne Zweifel wird dieses Problem in Deutschland und in Polen unterschiedlich wahrgenommen - dies sollte mit einer gewissen Vorlaufzeit zum Gegenstand des politischen Dialogs werden.

Auf kürzere Sicht handelt es sich jedoch um die Anwendung der bereits bestehenden Instrumente der europäischen Politik gegenüber den östlichen Nachbarn, hauptsächlich im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Deutsche Postulate in diesem Bereich (ENP Plus), die oben bereits angesprochen wurden, kommen den polnischen Erwartungen entgegen und bilden eine sehr gute Ebene für die Zusammenarbeit. Polen ist es zwar nicht gelungen, Deutschland für seine Forderung zu gewinnen, der Ukraine eine Mitgliedschaftsperspektive zu geben, aber in der gegenwärtigen Situation, sowohl in der EU als auch in der Ukraine, gewinnen Angelegenheiten, die kurzfristig nach Reaktionen verlangen, an Bedeutung. Insbesondere bilden zwei Fragen mit konkretem Ausmaß eine Handlungsebene für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Die eine von ihnen ist die Frage nach Visaerleichterungen für die ukrainischen Bürger als ein Instrument, die Anbindung der ukrainischen Gesellschaft an Europa zu fördern. Die andere sind die immer noch

unzureichenden Finanzmittel aus dem EU-Haushalt für die so genannte Ostdimension der ENP. Die Überprüfung des Haushalts 2008 wird eine gute Gelegenheit sein, diese Situation zu ändern. Die aktive Beteiligung Deutschlands hat bei diesen Angelegenheiten für Polen Schlüsselbedeutung. Es handelt sich nicht nur darum, einen wichtigen Verbündeten zu gewinnen, sondern auch darum, ein gewisses Gleichgewicht in der deutschen Ostpolitik wiederherzustellen, die aus Warschauer Perspektive zu einseitig auf Moskau ausgerichtet ist.

Schlussbemerkungen: Polen und Deutschland und die Zukunft der EU

Auf entgegen gesetzten Polen?

Ohne großes Risiko, einen Fehler zu begehen, kann man davon ausgehen, dass die im vorhergehenden Kapitel dargestellten Probleme auf EU-Ebene länger im Zentrum der Diskussion bleiben werden, als die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dauert. Viel weist auch darauf hin, dass sowohl Polen als auch Deutschland auch in Zukunft nicht weniger Gewicht auf diese Probleme legen werden als bisher. In welchem Maße wird dies auf den Zustand und den Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen Einfluss nehmen? Zweifellos eröffnet die gegenwärtige Lage einen neuen und ungemein wesentlichen Kontext für die Beziehungen zwischen beiden Ländern als Mitglieder der Europäischen Union.

Erstens definieren beide Länder trotz der oft tiefen Interessenunterschiede die für sie wichtigsten Herausforderung und Wirkungsbereiche in der europäischen Politik auf ähnliche Weise. Die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft decken sich mit dem Katalog der wichtigsten Probleme der polnischen Außenpolitik:

- Die Zukunft der Europäischen Verfassung wird in Polen sehr ernst genommen, nehmen doch die Änderungen, die die bisherige Version bei der Methode der Entscheidungsfindung einführt, in bedeutender Weise Einfluss auf den Rang und die Bedeutung Polens in der EU – so bewerten dies einhellig die politischen Eliten in Polen.
- Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik ist für Polen die Chance auf eine - zumindest teilweise - „Europäisierung“ der als vorrangig definierten Energiesicherheit.
- Dasselbe betrifft die Ostpolitik – Polen steht vor der Chance, seine Staatsraison in Form von Unterstützung der östlichen Nachbarn mittelbar durch EU-Mechanismen umsetzen zu können.

Außer diesen Bereichen, die während der deutschen Ratspräsidentschaft im Mittelpunkt der Debatte stehen, ist auch das Thema „europäisches Sozialmodell“ zu nennen, das Gegenstand des Interesses der öffentlichen Meinung beider Länder ist. Die Brüder Kaczyński beriefen sich mehrmals – wenn auch mit anderen Worten – auf diese Idee und hoben die Bedeutung der europäischen Errungenschaften in Bezug auf den Sozialstaat hervor, dessen Krise nicht mit Hilfe einer „liberalen Medizin“⁸¹ überwunden werden kann.

Zweitens ist Deutschland und Polen - im Gegensatz zu vielen anderen Staaten - an Europa gelegen. Weist auch die Politik Polens auf EU-Ebene heute keine übermäßige Aktivität auf, so besteht doch kein Zweifel daran, dass die Umsetzung seiner wichtigsten Interessen eng mit dem „unionsbezogenen“ Bereich der polnischen Außenpolitik verbunden ist. Dies betrifft besonders die Ostpolitik sowie langfristig die Energiesicherheit. Deutschland hingegen ist, ungeachtet der Veränderungen, der die deutsche Europapolitik in den letzten Jahren

81 Lech Kaczyński: *Solidarność Europy*. „Dziennik”, 28.04.2006

unterlag⁸², weiterhin der wichtigste Akteur in der Europäischen Union. Der Grund ist nicht nur sein politisches und ökonomisches Potenzial, sondern auch – anders als dies bei Großbritannien oder Frankreich der Fall ist – seine größere Bereitschaft, die EU als vorrangiges Forum zu behandeln, in dem Außenpolitik realisiert wird.

Drittens sind Deutschland und Polen in hohem Maße zur Zusammenarbeit bei der Lösung von Schlüsselproblemen für die Zukunft Europas „verurteilt“. Dies ist nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und mutmaßlichen „Interessengemeinschaft“ so. Ein wesentlich plausiblerer Grund, weswegen die Bedeutung des Zusammenwirkens dieser beiden Länder den bilateralen Rahmen überschreitet, ist – paradoxerweise – die Divergenz der deutschen und polnischen Standpunkte in vielen der hier bereits behandelten Fragen. Eben deshalb, weil Deutschland und Frankreich in der Vergangenheit zwei entgegen gesetzte Pole im Bereich der Interessen und Vorstellungen im Hinblick auf Europa waren, wurde die Kooperation zwischen diesen Ländern zum Antriebsrad der europäischen Integration und die Verständigung zwischen ihnen die Bedingung für die Effektivität der europäischen Strukturen. In der erweiterten Europäischen Union sind nun die Positionen dieser beiden Länder in vielen Angelegenheiten so nah beieinander wie selten zuvor. Dies ist eine der wichtigsten Ursachen, weshalb die „Nützlichkeit“ des deutsch-französischen Motors bedeutend abnahm. Sucht man nach Analogien, ist offensichtlich, dass unter den großen EU-Ländern eben Deutschland und Polen heute solch entgegen gesetzte Pole sind – Staaten, die einerseits der EU ein großes Gewicht beimessen und sich andererseits wesentlich in ihren Interessen, Motivationen und Vorstellungen, von denen sie geleitet werden, unterscheiden. Selbstverständlich wird in der Europäischen Union mit nun 27 Mitgliedstaaten keine Achse, die zwei Länder miteinander verbindet, eine derartige Bedeutung haben wie einst das deutsch-französische Tandem. Dennoch sollte der hier beschriebene Stand der Dinge von beiden Seiten berücksichtigt werden. Die Divergenz deutscher und polnischer Interessen bei gleichzeitigem aktiven Engagement dieser Länder in der Weiterentwicklung der EU-Politik ist kein Fluch, sondern eine Chance, die man nutzen kann und sollte – für das Wohl der ganzen EU. Geht man von einem ausreichenden politischen Willen beider Seiten aus, stellt dieser zweifellos die Grundlage für das deutsch-polnische Projekt in der erweiterten EU dar⁸³.

Das durch entgegen gesetzte Pole charakterisierte deutsch-polnische Verhältnis in der erweiterten Europäischen Union sollte zum Ausgangspunkt werden, seine intellektuellen und politischen Grundlagen erneut zu überdenken. Dies betrifft insbesondere zwei Konzeptionen, auf die sich Vertreter der Eliten beider Länder in den 1990er Jahren beriefen und die neben der „deutsch-polnischen Versöhnung“ das Fundament der gegenseitigen Beziehungen darstellen sollten. Es lohnt, an dieser Stelle zu verweilen, denn das Verhältnis zu diesen Konzeptionen ist durch viele Missverständnisse belastet. Die erste Konzeption war die deutsch-polnische Interessengemeinschaft, die zweite die Vision von Polen als einem „Frankreich im Osten“.

Beide Konzeptionen beriefen sich im Wesentlichen eher auf die Zukunft als auf die Gegenwart. Sie waren, wie im ersten Fall, ein kühnes politisches Ziel, das der Vergangenheit, die ja voller Konflikte gewesen war und von der man sich lösen wollte, entgegen gestellt

82 Vgl. William E. Paterson: Does Germany Still Have a European Avocation?, European Research Working Paper Series, Number 15, Institute For German Studies, European Research Institute, University of Birmingham September 2006, <http://www.eri.bham.ac.uk/research/WP15Paterson.pdf>; Gunther Hellmann (ed.), Germany's EU Policy on Asylum and Defence. De-Europeanization by Default? Palgrave-Macmillan, Basingstoke 2006.

83 Über die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines solchen Projekts sprach u.a. der PiS-Abgeordnete und Vorsitzende des Sejm-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Paweł Zalewski, während der Sejm-Debatte zur EU-Verfassung. Stenogramm der Sejm-Sitzung, Treść 35. posiedzenia Sejmu (Beratungen vom 2. März 2007), S. 66. www.sejm.gov.pl

wurde. Genauso bei „Frankreich im Osten“: ein für polnische Ohren nett klingendes, aber eindeutig übertriebenes Kompliment. In der Absicht der Autoren war das Postulat, eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft aufzubauen und Polen in Orientierung an der Rolle Frankreichs als gleichberechtigten Partner für die deutsche Politik im östlichen Teil Europas zu behandeln, auch der Versuch, die diese Länder trennende Asymmetrie zu überwinden. Trotz eines bedeutenden Unterschiedes hinsichtlich der Potenziale stellen beide Konzeptionen das Versprechen einer strategischen deutsch-polnischen Partnerschaft in der erweiterten Union dar.

Die „Interessengemeinschaft“ und „Frankreich im Osten“

Worin bestand die deutsch-polnische Interessengemeinschaft nach 1989? Aus polnischer Sicht war sie ein Effekt der Zusammengehörigkeit zweier Schlüsselaufgaben der polnischen Außenpolitik der III. Republik: dies waren auf der einen Seite die Überwindung der Geopolitik und die Rückkehr nach Europa und auf der anderen Seite die Überwindung des alten Konflikts mit Deutschland. Bedingung für die „Rückkehr nach Europa“ waren die strategische Neuorientierung in der Außenpolitik und „das Setzen auf Deutschland“ - übereinstimmend mit dem Grundsatz: „Der Weg nach Europa führt über Deutschland“. Ohne „die Europäisierung“ der Beziehungen zu Deutschland, also deren Einbettung in einen größeren europäischen Kontext, womit zugleich davon abgerückt wird, sie ausschließlich in bilateralen Kategorien zu behandeln, war es nicht möglich, die zwischen beiden Ländern bestehende Feindschaft beizulegen. Deshalb bedingten sich diese beiden Ziele gegenseitig. Die Tatsache, dass diese „Europäisierung“ der Beziehungen sowie der Beitritt Polens zur EU und NATO auch im Interesse Deutschlands lagen, wurde zur Grundlage der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“. Deren erste Voraussetzung war die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze durch Deutschland (1990) sowie die Unterzeichnung eines Vertrags, der grundsätzliche Aspekte der beiderseitigen Beziehungen reguliert. Aus dieser Perspektive betrachtet ist das politische Projekt unter dem Titel „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ gelungen, denn dessen grundlegendes Ziel wurde erreicht: die Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie der Eintritt Polens in die europäischen und transatlantischen Strukturen.

Was ist jedoch mit der weiter greifenden Perspektive, d.h. dem Versprechen einer strategischen Partnerschaft nach der Erweiterung der EU, die ebenfalls im Versprechen der „Interessengemeinschaft“ enthalten war? Von der deutschen Seite wurde dieses Versprechen zusätzlich durch Annäherungsversuche in Richtung „Frankreich im Osten“ gestärkt. In Polen ist jedoch die Überzeugung verbreitet, dass der Aufbau einer wirklichen politischen Partnerschaft mit Deutschland in einem Fiasko endete. Entgegen den Erwartungen in Folge der EU-Erweiterung zeigte sich in den deutsch-polnischen Beziehungen keine neue politische Qualität. Dies bewegte viele Betrachter zu der Schlussfolgerung, die deutsch-polnische Verständigung in den 1990er Jahren sei vorübergehender und konjunktureller Natur gewesen. Im Grunde ist es ein Paradox, dass der Augenblick des historischen Triumphes, der für die Zusammenarbeit beider Staaten die Osterweiterung der EU im Jahre 2004 war, in derselben Zeit von den Konflikten um den Irak, um den Verfassungsvertrag und um das Zentrum gegen Vertreibungen überschattet wurde. Ausgerechnet in dem Moment, als Polen und Deutschland zu gleichrangigen Partnern in der neuen EU wurden, gingen ihre politischen Wege auseinander, und in den bilateralen Beziehungen gewannen Emotionen die Oberhand. Man kann sogar sagen, dass im Ergebnis der Streitigkeiten sowie der Art, in der beide Seiten diese behandelten, gar nicht erst der Versuch unternommen wurde, das Konzept der „Interessengemeinschaft“ mit neuem Inhalt zu füllen.

Mit Sicherheit war die zu wörtlich verstandene Formel „Interessengemeinschaft“ eine der Ursachen dieses Tatbestandes. Nach der Erweiterung stellte sich bald heraus, dass die Interessen Polens und Deutschlands (siehe Haushaltsverhandlungen, Russlandpolitik, Verhältnis zu den USA) in vielerlei Hinsicht nicht miteinander übereinstimmen. Daraus wurde der einfache Schluss gezogen, dass die „Interessengemeinschaft“ gar nicht existiert. So wurde das politische, weitsichtige Konzept, das die Vision einer Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen beschreibt⁸⁴, auf die Definition des gegenwärtigen Standes der Beziehungen reduziert. Es wurde also das Fehlen jeglicher Interessengemeinschaft erklärt oder aber krampfhaft versucht, Bereiche zu finden, in denen man aufzeigen konnte, dass eine solche Übereinstimmung dennoch existiert. Eigentlich war die fieberhafte Suche nach dem Allheilmittel gegen die Schwierigkeiten in den beiderseitigen Beziehungen – indem versucht wurde, das Verbindende zu zeigen und nicht das Trennende und Anzeichen von Meinungsgleichheit herauszustellen, die Unterschiede in anderen Angelegenheiten in den Schatten stellen sollten – ein gänzlich unangemessener Eingriff in die neue Zeit. Denn er verdeckte lediglich die Unfähigkeit der Wahrnehmung oder der Anerkennung der Tatsache, dass aufrichtige Partnerschaft nicht auf dem einhelligen Zusammenwirken auf allen möglichen Gebieten beruht, sondern auf der Fähigkeit und Bereitschaft, mit den Unterschieden in den Einstellungen und Interessen fertig zu werden und Kompromisse zu schließen. Das Beispiel der polnischen Unterschrift unter den „Brief der Acht“ ohne vorherige Benachrichtigung der Regierung in Berlin sowie die von Bundeskanzler Schröder unterstützte Verständigung über den Bau der Ostsee-Pipeline ohne Rücksprache mit Polen sind die krassesten Beispiele für das Fiasko der deutsch-polnischen Partnerschaft.

Wichtig ist festzustellen, dass nach recht einhelliger Bewertung polnischer Politiker und Kommentatoren die deutsche Seite in großem Maße die Schuld für den Stand der Dinge trägt. Solche Ansichten werden nicht nur von Vertretern und Sympathisanten der Regierungskoalition formuliert. Der amtierende polnische Botschafter in Deutschland, Marek Prawda, erklärte – noch als Kandidat für dieses Amt – im Juni 2006: „Polnische Angelegenheiten waren in Deutschland häufig zweitrangig oder der so genannten deutschen Frage, d.h. der Verwirklichung der deutschen Einheit oder der Politik gegenüber Russland untergeordnet. (...) Im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre hat sich in dieser Frage viel geändert, aber immer noch finden wir Spuren einer Einstellung, die ich als ein beschwerliches Hindernis bei der Anhebung unserer Beziehungen auf das Niveau einer echten Partnerschaft halte. (...) Wenn sich die Akzeptanz des Grenzvertrags als Preis für die Vereinigung darstellt und nicht als gerechte Bedingung der Versöhnung, wenn die Grundlage einer langfristigen Zusammenarbeit mit der These begründet wird, dass es besser ist, Stabilität nach Osten zu exportieren, als von dort Instabilität zu importieren, sieht dies nicht nach einer ausreichenden Begründung für die Beziehungen zwischen zwei Subjekten aus“⁸⁵. Auch der ehemalige Botschafter Jerzy Kranz schrieb, dass Polen für Deutschland ein wichtiges politisches Ziel ist, aber nicht partnerschaftlich behandelt wird⁸⁶. Ähnlich äußerte sich auch der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, der in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ Deutschland vorwarf, dass es die Beziehungen zu Polen eher als Pflicht statt als Wunsch betrachtet, und Polen „noch nicht für voll genommen wird“⁸⁷.

84 Vgl. Roman Kuźniar: Brzydki Niemiec i cnotliwy Polak. „Europa. Tygodnik idei“ Numer 150, 17. Februar 2007.

85 Sitzung des Sejm-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 23.06.2006, Biuletyn KSZ nr 817/V, www.sejm.gov.pl.

86 J. Kranz: Oczekiwania i rzeczywistość: uwagi o współpracy polsko-niemieckiej. Raporty i Analizy 5/03, Centrum Stosunków Międzynarodowych, S. 2.

87 Im Original: „Generell hat man den Eindruck: Die Beziehungen zu Polen sind für Deutschland mehr Pflicht als Wunsch. Wir werden noch nicht für voll genommen“, in: „Der Tagesspiegel“, 8.11.2006.

Das fehlende Vertrauen zu Deutschland sowie die ihm zugeschriebene Unfähigkeit bzw. sein Unwille, Polen als gleichberechtigten Partner zu behandeln, mit dessen Standpunkt und Interessen man sich auseinander setzen muss, ist mit Sicherheit die schwerwiegendste Ursache der gegenwärtigen Krise in den gegenseitigen Beziehungen. Dieses Problem ist zweifellos gewichtiger als die tatsächlichen Interessensdivergenzen in Fragen des Abstimmungssystems der EU oder der Ostsee-Pipeline. Weil Deutschland nach Meinung vieler polnischer Kommentatoren nicht bereit ist, die Anstrengung auf sich zu nehmen und sich den von Polen als wichtig angesehenen Problemen zu stellen, wird die Beteuerung eines „Frankreichs im Osten“ an der Weichsel mit misstrauischer Vorsicht oder gar Irritation aufgenommen. Dies betrifft ebenfalls Angelegenheiten von internationaler Tragweite (die fehlenden Konsultationen mit Polen in der Frage der Ostsee-Pipeline) wie auch innerdeutscher und bilateraler Prägung (z.B. die Frage der Vertriebenen, die eine zweideutige Rechtslage in Bezug auf ihre Entschädigungsforderungen schafft, die fehlende, angemessene Umsetzung des deutsch-polnischen Abkommens, was die Rechte der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe in Deutschland betrifft, das fehlende Interesse an der Vermittlung der polnischen Sprache in Deutschland). Das Misstrauen, das Deutschland in Polen entgegengebracht wird, wird folglich nicht nur aus der Vergangenheit und der negativen Bewertung der sich gegenwärtig vollziehenden Veränderungen im deutschen historischen Gedächtnis gespeist – wenn dies auch eine wesentliche Rolle spielt. Es scheint, dass diese Tatsache in Deutschland nicht ausreichend verstanden und in den politischen Analysen nicht angemessen berücksichtigt wird. Dies dient in Polen wiederum der Bestätigung der These von der unzureichenden partnerschaftlichen Behandlung Warschaus durch Berlin.

Ein anschauliches Beispiel für dieses Unverständnis war die Rede des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier auf der Jubiläumsversammlung der Deutsch-Polnischen Gesellschaften im November 2006 in Berlin. Steinmeier bezog sich auf eine zuvor zitierte Äußerung des ehemaligen polnischen Staatspräsidenten und versicherte den Zuhörern, dass entgegen der Einschätzung Aleksander Kwaśniewskis Deutschland Polen als ernstzunehmenden Partner betrachte und Polens Sichtweise respektiere. Der Auftritt Steinmeiers hatte den Charakter eines freundschaftlichen Angebots zur Intensivierung des Dialogs mit Polen. Jedoch fällt es schwer, die Redepassagen, die den Verfassungsvertrag sowie die Ostsee-Pipeline betreffen, – d.h. zwei für Polen so wesentliche Fragen – als eine Annäherung an die polnischen Befürchtungen und Zweifel zu werten. In Bezug auf den Vertrag sagte der Außenminister: „Wenn Polen sich an dieser Stelle einen Ruck gibt und aktiv an der Zukunft der Verfassung mitarbeitet, wird dies - da bin ich sicher - in ganz Europa als Signal verstanden, dass die polnische Regierung nicht nur Mitglied der EU sein will, sondern auch in den Institutionen der Europäischen Union als wichtiger und konstruktiver Partner - mit Kopf und Herz - angekommen ist“⁸⁸. In Polen wird darauf verwiesen, dass nicht Warschau die Ursache für das Fiasko mit dem Verfassungsvertrag war, wurde dieser doch in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt. Daher wird die Botschaft, die Änderung der polnischen Position in der Verfassungsfrage sei der Test für Polens „aufrichtiges europäisches Bewusstsein“, in Polen gerade als Ausdruck einer paternalistischen Einstellung Deutschlands zum Nachbarn im Osten wahrgenommen. Zu betonen ist, dass es hierbei nicht um die eigentliche Frage geht (d.h. ob Polens Starrköpfigkeit hinsichtlich des Nizza-Systems berechtigt ist), sondern um die Methode der Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen. Auf noch krassere Weise trat dieses Problem im Redeabschnitt über die Ostsee-Pipeline hervor. Abweichend vom Redemanuskript nannte Außenminister Steinmeier dieses Projekt „eine rein technische Frage“. Unabhängig davon, wie die Gründe der Entstehung der Ostsee-Pipeline

88 Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Deutsch-Polnischen-Gesellschaften, Berlin 10.11.2006.

und die zu erwartenden Konsequenzen bewertet werden, wird eine derartige Formulierung in Polen nicht als Ausdruck der Wertschätzung für die polnische Sichtweise wahrgenommen. Sie zeugt eher davon, dass über die Position Polens hinweg zur Tagesordnung übergegangen wird – aber nach polnischer Auffassung handelt es sich um eine Investition, die existentielle polnische Sicherheitsinteressen gefährdet.

Dieser Zustand ist unbefriedigend, aber es wäre ein Fehler, allzu übereilte Schlüsse zu ziehen. Weder die „Interessengemeinschaft“ noch die Vision von Polen als „Frankreich im Osten“ verlieren als Konzeptionen angesichts dieser Probleme an Aktualität, denn sie können als politisch-intellektuelle Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen dienen. Wie bereits erwähnt, kann die politische Tragfähigkeit dieser Konzeptionen gerade wegen der Unterschiedlichkeit der Standpunkte beider Länder in vielen Schlüsselfragen, ihrer Bedeutung in der EU sowie des Gewichts, das dem europäischen Integrationsprozess beigemessen wird, besonders groß sein. Eine mögliche Umsetzung dieser Konzeptionen wird von der Erfüllung zweier Bedingungen abhängen.

Auf intellektueller Ebene ist dies eine Änderung in der Auffassung dieser Konzeptionen: D.h. sie beschreiben nicht den aktuellen Stand der Dinge, sondern sind (können sein) ein politisches Projekt, dessen Gewicht auf Grund der Polarisierung der Standpunkte zwischen Deutschland und Polen zu- und nicht abnimmt.

Auf politischer Ebene ist die Bedingung hingegen, dass beide Seiten die negativsten Annahmen hinter sich lassen, von denen sie sich häufig immer noch in den gegenseitigen Beziehungen leiten lassen.

Auf polnischer Seite handelt es sich hierbei um die Neigung, nach dem Prinzip zu handeln: „Je mehr Interessenunterschiede, desto weniger Kontakte mit Deutschland.“ Dessen Kehrseite ist das übermäßige Gewicht, das Fragen und Angelegenheiten zugemessen wird, die mit der Vergangenheit verbunden sind, und das Misstrauen gegenüber Veränderungen, die sich in Deutschland vollziehen. Als symbolischer Ausdruck dieser Haltung können die Worte des Premiers Jarosław Kaczyński dienen: In Deutschland „erscheint ein neuer Typ der nationalen Ideologie. Und zwar im marxistischen Verständnis, denn sie weicht von Tatsachen ab und baut ein falsches Bewusstsein auf“⁸⁹. Seiner Auffassung nach ist dies ein ernsthaftes Problem für die polnische Politik, mit dem man nicht so rasch fertig werden wird. Einstweilen gibt es keine derartigen Konflikte zwischen Deutschland und Polen (ohne die Gaspipeline auszuschließen), die das Einfrieren des politischen Dialogs und eine Eskalation der Schuldzuweisungen rechtfertigen würden. Deutschland auf internationaler Bühne zu meiden, ist im Fall Polens weder möglich noch ratsam. Die Mehrheit der polnischen Ziele in der Außenpolitik lässt sich am leichtesten im Zusammenwirken mit Deutschland erreichen, und die Verwirklichung einiger von ihnen (Ostpolitik) ist ohne seine Zustimmung gänzlich unmöglich.

Auf deutscher Seite ist das größte Manko die Unfähigkeit (der fehlende Wille?), die eigenen Standpunkte in einer Weise zu kommunizieren, die die Position Polens als die eines gleichberechtigten Partners berücksichtigen würde, was dann auch an der Weichsel so wahrgenommen würde. Die aus Berlin kommenden Beteuerungen des rein „technischen“ Charakters der Ostsee-Pipeline und die Ablehnung einer Untersuchung der geopolitischen Aspekte dieses Projekts sind die beste Exemplifizierung dieses Problems. Die Neigung, sich Polen gegenüber paternalistisch zu verhalten und die sich daraus ergebende Konsequenz der fehlenden Überzeugung in Polen, dass sein Standpunkt und seine Interessen in Deutschland ausreichend Berücksichtigung und Verständnis finden, sind wichtige Ursachen für die

⁸⁹ Polityka zagraniczna jest twardą grą. „Rzeczpospolita” vom 16./17. Dezember 2006.

gegenwärtigen Spannungen. Diese Beurteilung wird häufig durch den Eindruck verstärkt, dass hinter der europäischen Rhetorik, derer sich die deutsche Diplomatie bedient, spezifische ökonomische oder politische Interessen stehen. Nicht die Existenz dieser Interessen ist problematisch, sondern die Art, sie zu kommunizieren, vor allem die Weigerung, sie deutlich zu artikulieren. Dieser angesichts der historischen Vorbedingungen verständliche Unwille erschwert im europäischen Kontext, pragmatische Lösungen in einer Situation zu finden, in der die Spannungen zwischen dem deutschen Interesse und denen anderer Länder häufiger und sichtbarer in Erscheinung treten. Deren Verdeckung unter Berufung auf das „europäische Interesse“ vergrößert in Polen nicht die Glaubwürdigkeit, ist doch das offene Sprechen über nationale Interessen dort die Norm.

Auch wenn dieses Problem eher den Bereich der Kommunikation und Psychologie betrifft als die „harten“ Interessen, sollte es in Deutschland nicht ignoriert werden. Ohne dessen Berücksichtigung besteht keine Chance, die Asymmetrie in den deutsch-polnischen Beziehungen zu mildern. Insbesondere betrifft dies die Beziehungen im Dreieck Berlin-Warschau-Moskau. In Polen werden die Beziehungen zu Deutschland in nicht geringem Maße durch das Prisma des Verhältnisses zwischen Deutschland und Russland wahrgenommen. Kommt es deswegen bzw. kann es dazu kommen, dass die polnischen Interessen außer Acht gelassen werden? Betreibt Deutschland europäische Politik, oder zielt sie lediglich auf seine eigenen Interessen ab, was der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schaden würde? Ohne die Gewissheit, dass Polen auf echtes Verständnis für seine Interessen und auf eine gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen für diese zählen kann, wird die Warschauer Regierung ihre Skepsis gegenüber institutionellen Entscheidungen, die die Rolle der Nationalstaaten in der Europäischen Union verringern, beibehalten.

Aus den vorangegangenen Ausführungen lässt sich noch eine weiter gehende Schlussfolgerung ziehen: Über den Grad des „proeuropäischen Bewusstseins“ der Regierungen in Warschau wird in hohem Maße der Charakter des Verhältnisses zu Berlin entscheiden. Die Berücksichtigung der polnischen Interessen und Befürchtungen, insbesondere im Bereich der Sicherheit, wird in Polen die Motivation befördern, eine größere Offenheit gegenüber einer verstärkten europäischen Integration zu zeigen, deren großer Anhänger Deutschland ist. Ein solches Beziehungsmodell, in dem das Recht beider Seiten - trotz oft tief greifender Unterschiede - als gleichwertig angesehen wird, ist die Grundlage der Verbindung Berlin-Paris. Zweifellos wird ohne diese Akzentuierung der Begriff „Frankreich im Osten“ nur ein rhetorischer Kunstgriff, ohne jeglichen politischen Inhalt sein.

(Abschluss des Textes: 10. März 2007)